Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 3 (1996)

Heft: 3

Rubrik: Besprechungen = Comptes rendus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

LITERATUR ZUM THEMA / COMPTES RENDUS THÉMATIQUES

JÜRGEN SCHLUMBOHM
LEBENSLÄUFE, FAMILIEN, HÖFE
DIE BAUERN UND HEUERLEUTE DES OSNABRÜCKISCHEN KIRCHSPIELS BELM IN PROTO-INDUSTRIELLER ZEIT, 1650–1860
VANDENHOECK & RUPRECHT, GÖTTINGEN 1994, 690 S., 92 TAB., ABB UND GRAPHIKEN, DM 142.–

Die umfangreiche Habilitationsschrift des am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen tätigen Autors steht im Rahmen eines langfristigen Projekts dieses Instituts, mittels dessen eine mittlerweile klassisch gewordene Gesamtdarstellung zur Protoindustrialisierung (Peter Kriedte, Hans Medick, Jürgen Schlumbohm, *Industrialisierung vor der Industrialisierung: Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus*, Göttingen 1977) durch lokale Fallstudien ergänzt werden sollte (seit längerem veröffentlicht ist Peter Kriedte, *Eine Stadt am seidenen Faden: Haushalt, Hausindustrie und soziale Bewegung in Krefeld in der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1992; vgl. Hans Medick, *Weben und Überleben in Laichingen 1650–1900: Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1996).

Als Orientierungsgesichtspunkt für die Studie fast noch wichtiger als das Theorem der Protoindustrialisierung ist allerdings der Ansatz der Mikrohistorie, die auf eine Rekonstruktion der Handlungsräume und habitualisierten alltäglichen Handlungsmuster von Menschen ausserhalb der Eliten zielt. Angesichts des weitgehenden Fehlens von Selbstzeugnissen aus dem untersuchten Raum stützt sich die Studie auf eine erschöpfende Erfassung, Verknüpfung und Auswertung sämtlichen verfügbaren nominativen Materials aus dem Untersuchungszeitraum (v. a. Kirchenbücher, Steuerlisten, Bevölkerungszählungen). Dadurch wird es möglich, Lebensläufe in ihrer Einbettung in Familie und Verwandtschaft sowie in die rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Bauernhofs zu rekonstruieren. Mit diesem enormen, eine spezifische Methodologie voraussetzenden Aufwand gelingt es Schlumbohm, ein dichtes Bild davon zu zeichnen, wie verschiedene dörfliche Gruppen unter den Bedingungen der nordwestdeutschen Grundherrschaft die Vorgänge von Protoindustrialisierung und Agrarmodernisierung durch ihre Lebens-, Familien- und Besitzstrategien gestalten und verarbeiten.

Das Kirchspiel Belm liegt in einem grösseren nordwestdeutschen Gebiet, in dem das Bevölkerungswachstum des 16. und des 18. Jahrhunderts anders als in Oberdeutschland und der Schweiz nicht mit Besitzzersplitterung und einer Vermehrung kleinbäuerlicher Stellen einhergeht. Vielmehr bleibt, unterstützt durch Grund- und Landesherrschaft, die Zahl bäuerlicher Hofstellen bis ins frühe 19. Jahrhundert weitgehend konstant. Dagegen vermehrt sich die Anzahl von Unterschichtshaushalten mit sogenanntem Heuerlingsstatut zwischen Mitte 17. und frühem 19. Jahrhundert enorm. Heuerlinge haben einen befristeten Pachtvertrag mit einem Hofbesitzer, der die Verpachtung von wenig Land und Wohnraum (in der Regel in Nebengebäuden des Bauernhofs) sowie Pflugdienste des Hofbauern gegen eine Geldzahlung sowie Arbeitsleistungen auf dem Hof vorsieht. Sowohl die Ausdehnung der Leinwandproduktion als auch die Agrarmodernisierung vollzieht sich in erster Linie als Expansion der vollbäuerlichen Hauswirtschaft, wobei der gesteigerte Arbeitskräftebedarf über eine Aneignung der unterbäuerlichen

Arbeitskraft mittels des Heuerlingsstatuts erfolgt, was mit einer Zunahme der sozialen Ungleichheit einhergeht.

Soziale Reproduktion, Wahrnehmung von Mobilitätschancen und Verarbeitung von Krisensituationen, insbesondere während des Zerfalls des Hausleinengewerbes im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts, gehen in den Milieus von Vollbauern und Heuerlingen mit grundverschiedenen Familienstrategien einher. Vollbäuerliche Haushalte kennen eine Dreigenerationenphase auf der Basis des Ausgedinges: Das erbende Kind lebt nach seiner Heirat weiter mit den Eltern zusammen; es übernimmt zwar die Hofführung, unterstützt aber zugleich die Eltern. Nicht erbende Kinder weichen vom Hof und sinken mit ihrer Heirat häufig in den Heuerlingsstatus ab. Bäuerliche Haushalte weisen einen hohen und über die Zeit wachsenden Arbeitskräftebedarf auf, der – wenn er nicht durch arbeitsfähige Kinder und auf dem Hof ansässige Heuerlinge gedeckt werden kann – durch die Beschäftigung von Gesinde befriedigt wird. Dieses rekrutiert sich vor allem aus den Familien von Kleinbauern und Heuerlingen, die dementsprechend nur wenige arbeitsfähige Kinder aufweisen und deshalb viel kleiner sind als vollbäuerliche Haushalte. Ebenso dominiert in der Unterschicht ein neolokales Heiratsmuster, und Mehrgenerationenfamilien sind bis zum frühen 19. Jahrhunderts selten. Vereinzelt stellt deshalb die Altersarmut ein die Gemeindebehörden beschäftigendes Problem dar.

Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen der Studie zählt der Nachweis, dass die Agrar- und Gewerbekrisen des zweiten Viertels des 19. Jahrhunderts mit ihren Probletarisierungserscheinungen nicht – wie in den Augen konservativer Zeitgenossen und früher Sozialforscher – zu einer Auflösung traditioneller Familienbeziehungen führten, sondern vielmehr mit einem erhöhten Gewicht von Verwandtschaft und Familie in den Lebensstrategien besonders der Unterschicht einhergingen. Beispielsweise wird eine Angleichung des Anteils an Dreigenerationenfamilien unter Heuerlingen und Vollbauern festgestellt: Angesichts der zunehmenden Schwierigkeit, eine Heuerlingsstelle zu finden, kommen neuverheiratete Paare aus der Unterschicht am ehesten zunächst bei ihren Eltern unter, so dass sich relativ häufig Dreigenerationenfamilien bilden. Die schichtspezifische unterschiedliche Funktion dieses Arrangements (Altersrente und Besitzkontinuität im bäuerlichen Milieu, Unterkommen für das Paar der Kindergeneration in der Unterschicht) zeigt sich darin, dass angesichts der Privilegierung der männlichen Erbfolge bei den Bauern die Kohabitation mit den Eltern des Mannes weit überwiegt, während in den Unterschichten die Kohabitation mit den Eltern der Frau mindestens ebenso häufig auftritt wie diejenige mit den Eltern des Mannes.

Auf einer allgemeineren Ebene leistet die Studie einen wichtigen Beitrag zur Überwindung älterer Modelle traditioneller Gesellschaften, die in der Bindung der Anzahl von Hofstellen an agrarische Ressourcen oder in der Beziehung zwischen Lohnniveau und Heiratshäufigkeit zentrale Mechanismen zur Regulierung der Bevölkerungsgrösse gesehen haben. Denn wie eine Reihe von Populationen in anderen Gebieten wächst diejenige von Belm trotz weitgehend konstanter Hofzahl und trotz Pauperisierungserscheinungen (also sinkendem Reallohn). Die zwei zentralen Variablen, die diese Entwicklung erklären, die von den genannten früheren Modellen vernachlässigt werden und deren Relevanz die vorliegende Studie überzeugend aufzeigt, sind: erstens die weitgehend durch die Agrarverfassung gegebenen Austauschbeziehungen zwischen Hauswirtschaften verschiedener sozialer Schichten (konkret das Heuerlingsstatut),

also die Institutionalisierung sozialer Ungleichheit; zweitens der Einsatz von Familienstrategien, mit denen Angehörige unterschiedlicher sozialer Schichten ihre soziale Biographie sowohl in höchstmöglicher Unabhängigkeit als auch in möglichst grosser Sicherheit zu gestalten suchen.

Ulrich Pfister (Münster Westf.)

ALBERT SCHNYDER-BURGHARTZ
ALLTAG UND LEBENSFORMEN AUF DER BASLER LANDSCHAFT UM 1700
VORINDUSTRIELLE LÄNDLICHE KULTUR UND GESELLSCHAFT AUS MIKROHISTORISCHER PERSPEKTIVE – BRETZWIL UND DAS OBERE WALDENBURGER AMT VON 1690 BIS 1750
VERLAG DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT (QUELLEN UND FORSCHUNGEN ZUR GESCHICHTE UND LANDESKUNDE DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT, BD. 43), LIESTAL 1992, 421 S., FR. 33.–

Bretzwil est, au début du XVIIIe siècle, une commune d'environ 250 habitants appartenant au bailliage bâlois de Waldenburg. Son territoire s'étend sur 734 ha, situés entre environ 600 et 1053 m. d'altitude, dans la «zone céréalière» de l'ancienne Confédération. On y vit surtout d'agriculture, mais aussi d'élevage, de production laitière et de travail industriel à domicile. Dans son histoire sociale de Bretzwil entre 1690 et y – période moins étudiée par les historiens bâlois que la seconde moitié du XVIIIe siècle – l'auteur réunit les apports méthodologiques de l'anthropologie historique, de la microhistoire et de l'histoire du quotidien. L'analyse microhistorique repose sur la reconstitution prosopographique des habitants et sur l'examen de leurs tissus relationnels («network analysis»), approches complétées par la reconstitution des familles pour les trois quarts de la population. Il est évident que le choix de cette méthode impose au chercheur individuel une limitation étroite de l'objet dans l'espace et dans le temps.

Le travail se divise en trois grands chapitres. Le premier, intitulé *Der Raum als Landschaft*, retrace l'espace écologique de la commune, son paysage naturel et son paysage «culturel» (hortus, ager et saltus), tel qu'il a été transformé par les hommes et les femmes. Le deuxième chapitre est consacré à l'étude de la société villageoise, de ses antagonismes et solidarités, à travers la famille et la parenté, l'accès aux ressources alimentaires, la formation et le transfert de la propriété et, enfin, les principaux conflits sociaux survenus à Bretzwil entre les années 1720 et 1730.

Le dernier chapitre aborde les rapports entre hommes et femmes dans le cadre patriarcal propre à une société villageoise avant la Révolution industrielle. Les thèmes traités sont la sexualité et la vie conjugale, la violence et l'honneur, ainsi que – à titre d'exemple – la longue vie de Hans Abt junior (1690–1770).

La thèse d'Albert Schnyder, soutenue en 1991 à la Faculté des Lettres de l'Université de Bâle sous la direction de Markus Mattmüller et Christine Burckhardt-Seebass, est riche en informations, d'une écriture élégante et d'une lecture agréablement exigeante. Le texte et l'important appareil critique sont présentés avec beaucoup de soins. Ils auraient peut-être mérité un plus grand nombre d'illustrations dans la mesure où l'auteur exploite largement les sources iconographiques et insiste sur la nécessité d'y recourir. Comme le veut la microhistoire, l'intérêt de l'ouvrage dépasse le «finage» de Bretzwil et l'univers restreint de ses «communiers» et résidents. L'auteur

alterne en outre constamment l'analyse des faits concrets avec la réflexion méthodologique et la critique des sources. Il contribue à relativiser l'image d'un Ancien Régime statique, à nuancer notre vision, souvent schématique, d'un monde rural préindustriel refermé sur lui-même, et à corriger bon nombre d'idées reçues sur son mode de fonctionnement.

Evoquons, pour conclure, quelques-uns des résultats de sa recherche. A y regarder de près, le système de l'assolement triennal perd de sa rigueur supposée et offre d'étonnantes marges de manœuvre aux cultivateurs. Les liens de parenté jouent un rôle tout à fait secondaire dans la vie sociale du village – Bretzwil n'est pas une «kin-based society» – et le clientélisme en semble absent, du moins dans la période étudiée. La manière de se rencontrer et la vie sexuelle des jeunes célibataires obéissent aux règles subtiles et non écrites du «louvre» (le Kiltgang ou Gadensteigen), qui échappent apparemment au contrôle de l'Eglise et à la codification par les autorités étatiques. Les conflits entre villageois sont d'abord des affaires d'honneur. Dans une communauté où il ne faut surtout pas perdre la face aux yeux (omniprésents) de l'autre, le poids de l'honneur est grand, ses formes sont diverses – notamment pour les deux sexes – et ses fonctions multiples, comme celle d'atténuer les fortes inégalités sociales parmi les habitants du lieu.

Norbert Furrer (Syens)

MARIANNE GULLESTAD ET MARTINE SEGALEN (DIR.) **LA FAMILLE EN EUROPE** PARENTÉ ET PERPÉTUATION FAMILIALE

LA DÉCOUVERTE, PARIS 1995, 247 P., FF 169.–

Onze contributions de sociologues et d'anthropologues sont rassemblées dans cet ouvrage, mais en de nombreuses pages, l'historien sera ravi de voir l'importance que revêt pour l'analyste de la société contemporaine, une approche proprement historique de la transmission familiale. Sans doute, l'orientation de l'ouvrage est-elle propice à cela, le terrain de la transmission étant l'un des mieux balisés par la recherche historique. La presque totalité de ces études se construisent sur un espace national donné, offrant de manière juxtaposée un panorama de l'Europe occidentale entre Scandinavie et Espagne ou Italie. Quatre chapitres permettent de situer chaque article dans un dossier cohérent: diversités, sociabilités, héritages et valeurs.

Le premier volet intitulé «diversités» débute par un texte quelque peu iconoclaste, tant il remet en cause les lieux communs démographiques dont nous nous nourrissons journellement, quoiqu'il ne soit pas le seul à avoir perçu certains usages abusifs des indicateurs statistiques. En mathématicien astucieux, *Hervé Le Bras* se livre à un exercice destructeur de mythes et force à réévaluer l'utilisation des taux démographiques, en se livrant à une critique raisonnée de l'un des taux les plus médiatisés et politisés: l'indice conjoncturel de fécondité. L'analyse révèle que le modèle classique de la baisse séculaire de la fécondité supposée convergente pour tous les pays d'Europe, avec l'intermède du baby boom des années 1940–65, est probablement à revoir de fond en comble. Rien de moins…

Hervé Le Bras, toujours sensible aux clivages spatiaux, montre qu'il y a eu divergence des régimes de fécondité entre pays de l'Est et de l'Ouest après 1945. A l'intérieur de la sphère non communiste, il décèle une divergence des comportements entre les pays du Sud et les autres, l'Italie et l'Espagne étant caractérisées aujourd'hui par la perpétuation de la baisse de la fécondité.

Sur cette base descriptive, sans chercher à alimenter un débat d'expert ou une querelle de statisticien, le démographe français montre que l'évolution de l'âge au mariage et surtout celui de la première maternité renvoient directement au délicat problème des rapports entre femmes et hommes. Trois paramètres sont retenus pour comprendre les divergences observées: la contraception inégalement maîtrisée par la femme, selon sa sphère régionale de résidence, l'inégal accès aux études et l'inégal accès à l'emploi toujours pour les femmes, toujours selon les pays d'origine.

Face au monde du travail, c'est le fonctionnement de la parenté qui donne la meilleure réponse pour expliquer finalement les écarts de fécondité. A pression familiale forte donnant peu d'autonomie, fécondité basse. Mais Le Bras va plus loin. Il considère que dans les sociétés laissant aux femmes les meilleures chances d'accéder au monde du travail (Danemark, Suède, Grande-Bretagne), l'enfantement peut apparaître comme la plus tangible des revendications féminines et le signe le plus explicite d'un individualisme triomphant, corroboré par une forte fécondité des adolescentes et un taux de naissance hors mariage élevé (à la différence de l'Allemagne ou la Suisse par exemple). L'auteur relève alors que dans les pays du Sud de l'Europe, l'émancipation à l'égard de la famille passe encore prioritairement par l'accès au travail et que cela peut expliquer la faiblesse de la fécondité de ces pays.

La thèse d'Hervé Le Bras est séduisante, mais certains pourront y voir une réminiscence d'évolutionnisme ou de déterminisme historique douteux. En effet, au cœur de sa démarche, se trouve l'idée que la liberté féminine se gagne en premier lieu dans un accomplissement mimétique (moi femme, je serai ce que, toi homme, tu es). Une fois réalisée – même partiellement – cette confusion des genres serait, au vu des résultats empiriques européens, dépassée par le besoin d'une différenciation sexuelle nette (moi femme, je suis différente de toi, homme) qui fait de la procréation un acte déterminant, auquel on aurait dû renoncer dans une phase préalable. On pourra sans doute s'interroger longtemps sur la possibilité d'expliquer aussi radicalement une «simple» mesure statistique de la diversité démographique.

Les deux autres contributions de ce chapitre ont le mérite de limiter l'étrange pouvoir de séduction que dégage l'article d'ouverture d'Hervé Le Bras. *Marzio Barbagli* accrédite le fait que l'Italie présente un cadre familial où les échanges et les liens sont plus serrés que dans les autres pays occidentaux, mais il en montre aussi, avec un souci descriptif soigné, toutes les nuances organisationnelles (maintien de la patrilatéralité des liens en particulier). *Franz Schultheis* revient sur le cas allemand où l'individualisme et les marques d'une société sans père contrastent avec la représentation collective de la solidarité familiale à la française. Devant le silence de la recherche contemporaine allemande sur les liens intergénérationnels, Schultheis affirme que le pouvoir nazi, en empêchant la diffusion du modèle du père, chef incontestable et autoritaire, n'a fait que retarder son émergence, laquelle aurait légitimé l'action contestataire d'une

génération jeune, marquée par la guerre et qui entrait en conflit avec des pères «déchus par la culpabilité historique collective» et qui aurait construit des valeurs familiales contraires à ce modèle. La guerre et le régime nazi ont joué sans nul doute un rôle dans la construction des liens intergénérationnels, mais on ne peut totalement minimiser la dimension politique de la contestation des jeunes Allemands. En 1967, la mort d'un étudiant allemand lors d'une visite du Shah d'Iran est là pour le rappeler.

Le second chapitre du livre évoque les manières de vivre la parenté par les sociabilités. Les récits de vie sont alors privilégiés pour construire le discours. Deux chercheurs espagnols rendent ainsi compte en terre catalane de la mobilité sémantique du concept de «parenté» et du rôle de la résidence dans l'élaboration d'une identité familiale durable, malgré les migrations. Là encore, l'historien sera frappé de la réutilisation contemporaine d'un concept lié antérieurement à une structure de famille souche (casa pairal). L'étude de *Joao de Pina-Cabral* sur le Portugal exhibe les contrastes sociaux qui participent à la construction des identités personnelles: se rattacher à des ancêtres, se référer à une mythologie familiale sont des procédures explicites des membres de l'aristocratie. Pouvoir disposer d'une maison comme point de repère – une ancre nous dit-on – quand on a émigré en ville dans un milieu ouvrier constitue une autre stratégie d'identification et d'insertion, le lieu d'habitation étant aussi condition de sociabilités qui interfèrent directement avec la vie professionnelle. Enfin, *David Gaunt* apporte un éclairage sur l'organisation de la parenté en Suède à travers les récits répertoriés lors d'une enquête menée par le musée nordique d'ethnologie. On y voit l'importance des femmes dans la gestion de la parenté, on y découvre l'existence d'associations formalisées autour d'un ancêtre commun, source d'un esprit de clan très spécifique, tandis que, plus proche de notre «habitus», on observe l'importance des rencontres intimes de vacances (ménage nucléaire élargi aux grands-parents en des propriétés collectives) comme cadre plus profond de l'activation des relations familiales.

Avec l'analyse des héritages en Grande-Bretagne, aux Pays-Bas et en France, on retrouve un domaine largement défriché par les historiens dont les sources les ont souvent amenés sur cette voie. La grande originalité des travaux contemporains est évidemment dans le regard porté, premièrement, sur les répercussions de la transformation de la famille suite aux divorces et recompositions et, deuxièmement, sur les effets liés à la construction de l'Etat Providence dont les ponctions sur les héritages ont réorienté les pratiques de transmission des plus fortunés (donations entre vifs, assurances-vie…). Selon la loi anglaise, par exemple, les enfants du premier lit peuvent être déshérités totalement au profit de la descendance née du second mariage. Le célèbre modèle britannique du libre arbitre testamentaire n'empêche toutefois pas le primat du conjoint et le traitement égalitaire des enfants dans la grande majorité des cas. Lorsque plusieurs conjoints survivent, on constate que les conflits se règlent par la construction de modèles de parenté admissibles par tous sur les principes, mais adaptés aux intérêts propres de chacun. Dans les familles recomposées, il semble également bien difficile pour les beaux-enfants de situer exactement leurs droits et prétentions face à leur beau-père ou belle-mère; mais, selon Janet Finch, l'individualisme qui prévaut autorise la négociation entre nouveau parent et enfant(s) d'un premier lit. A chaque histoire donc répondrait une exploration

des champs possibles pour atténuer conflits et tensions.

Contrairement à l'Angleterre, dans son étude sur les Pays-Bas, *Ali De Regt* rappelle que le droit napoléonien a laissé une position forte aux liens du sang. Depuis les années 1920, la position du conjoint par rapport aux droits immédiats des enfants s'est renforcée traduisant dans les faits la lente érosion de la stricte reconnaissance des liens du sang par rapport à celle issue du contrat de mariage, dont la signification a changé et qui, de système de perpétuation des biens, s'est mué en constitution d'une cellule fondée sur les liens affectifs. Toutefois, aujourd'hui encore, dans le cadre légal né d'un compromis politique, le recours au testament est nécessaire pour qui veut préserver une transmission privilégiée au conjoint durant le reste de ses jours. Ce geste ne pourra toutefois pas garantir que les enfants ne s'opposeront pas à ce qu'une belle-mère ou un beau-père bénéficie de l'intégralité du patrimoine. Là encore, bien que rare, un modèle de parenté justifie les contestations testamentaires. Il est alors fondé sur l'appréciation de qui fait partie et de qui ne fait pas partie de la famille (le beau-parent est un étranger vs nous sommes ses propres enfants), surtout lorsque l'héritage intervient au moment où les protagonistes éprouvent des situations financières difficiles.

La dernière intervention sur les héritages revient à *Claudine Attias-Donfut,* qui analyse trois générations autour d'une cohorte pivot (personnes nées entre 1939 et 1943). Elle a l'avantage de faire ainsi coïncider transformations historiques et chamboulements familiaux. Ainsi, les modalités de sortie de la vie familiale ont été totalement différentes pour le grand-père, le père et le fils. De même, l'analyse permet de confirmer l'existence de comportements nettement différents entre les sexes en terme de cohabitation/re-cohabitation après départ. Néanmoins, l'auteure insiste sur l'importance du contexte économique pour expliquer la fréquence de vies communes continues. L'intérêt de cette démarche réside dans le fait de souligner l'importance des flux affectifs intergénérationnels dans un système anthropologique apparenté à celui de la dette (donations à ceux qui sont physiquement proches contre soutien à la personne âgée par exemple).

Les deux dernières contributions sont constitutives du chapitre «valeurs». Tout d'abord *Didier Le Gall* et *Claude Martin* montrent que la notion de monoparenté et le phénomène des familles recomposées ne sont pas manipulables sans référence à un environnement social. Entre favorisés et milieux mal dotés, la réalité de la vie monoparentale comme l'élaboration de nouveaux liens avec les beaux-parents ne sont pas similaires. L'activité professionnelle intervient conjointement pour expliquer les écarts observés sur les transformations des liens familiaux suite au divorce ou à la désunion hors mariage. Même le désengagement – toujours important – des pères suite à la rupture, est modulé par la position sociale. Même constat sur l'activation de solidarités ou la manière de juger la désunion au sein des familles. Une hypothèse forte, déjà énoncée ailleurs et soumise au lecteur: l'activation des solidarités se ferait d'autant plus facilement qu'elle n'engendrerait pas une dépendance trop forte du donataire vis-à-vis du donateur. L'un comme l'autre pourraient souhaiter éviter un lien nuisible à la représentation partagée de ce que doit être l'autonomie du sujet dans nos sociétés. Une enquête récente sur la pauvreté à Lausanne révélait que, dans 6 cas sur 10, les personnes à faible revenu et en voie de désaffiliation sociale déclaraient ne pouvoir compter sur personne, cela même si – comme le rappellent justement les auteurs – la parenté peut apparaître bien insuf-

fisante pour répondre à toutes les attentes et à tous les besoins des individus après désunion.

En conclusion de leur étude, les auteurs insistent une fois encore – et toujours! – sur la place prépondérante des femmes dans le jeu familial. Leur souplesse à faire face à des modifications de la structure familiale montre tout le poids qu'elles ont à faire valoir dans les transformations des valeurs de notre société. Pour parachever cet ouvrage passionnant, *Marianne Gullestad* confronte expérience ethnologique norvégienne (autobiographies) et théories sociales pour évaluer la transmission des valeurs dans des situations humaines empreintes d'innombrables contradictions.

Frédéric Sardet (Yverdon-les-Bains)

BERNADETTE BAWIN-LEGROS, RENEE B. DANDURAND, JEAN KELLERHALS ET FRANCOIS DE SINGLY (ÉDS.)
LES ESPACES DE LA FAMILLE
ACTES DU COLLOQUE DE LIEGE, 5 ET 6 MAI 1994

DEROUAUX ORDINA, LIEGE 1995, 267 P.

Alors que les historiens et les anthropologues considèrent depuis longtemps l'espace comme un indicateur important des dynamiques familiales, les sociologues ont eu tendance à négliger cet aspect. L'objectif du colloque tenu à Liège était donc de stimuler, chez les sociologues de la famille, une réflexion sur ce champ de recherche. Mais qu'entend-on par «espaces de la famille»? L'espace est un enjeu pour la famille. Il sert à définir les frontières du groupe, à marquer les limites entre le privé et le public. Par ailleurs, l'espace familial se transforme: il doit être négocié au cours des phases successives de la vie familiale. Dans cet ouvrage, l'espace n'est pas envisagé uniquement dans sa fonction instrumentale; on s'intéresse aussi aux contenus symboliques qui y sont associés.

Sur la base des différents espaces abordés dans les communications rassemblées ici, l'ouvrage est découpé en quatre sections. Dans une première partie, l'accent porte sur l'interdépendance entre projet familial et projet résidentiel. Les questions qui se posent sont: où vit la famille? Et selon quels critères opère-t-elle ses choix? Les contributions de *Marie-Agnès Barrère-Maurisson* et d'*Isabelle Bertaux-Wiame* examinent cette question sous l'angle de la position sociale des acteurs (milieux sociaux) et de leur situation familiale ou professionnelle. *Marie-Noëlle Beauchesne* considère la situation de familles immigrées vivant en Belgique. Quant à *Claudine Attias-Donfut* et *Sylvie Renaut,* elles présentent des résultats tirés d'un enquête quantitative sur la cohabitation entre générations en France.

Une deuxième section de l'ouvrage est centrée sur le logement et sur les types d'interactions qui s'y déroulent. *Vincent Caradec* s'intéresse aux négociations de l'espace chez les couples nouvellement à la retraite, alors que la contribution de *Jean-Claude Kaufmann* porte sur l'entrée en couple et notamment sur les objets qui symbolisent ce passage. *Elisabeta Stanciulescu* propose une réflexion sur la définition de l'espace-logement selon deux rationalités différentes: celle des enfants versus celle des parents. Deux chapitres portent sur le rôle de l'organisation architecturale du logement. *Jean-Michel Léger* et *Benoîte Decup-Pannier* ont interrogé des familles vivant dans des logements ayant des chambre-bains (on supprime la salle de bains indépendante au profit de chambres disposant toutes d'un lavabo et d'une douche ou d'une baignoire). *Brigitte Dussart* révèle les contradictions auxquelles sont confron-

tées les familles qui vivent dans un loft: le choix de vivre dans un tel lieu est considéré par ses habitants comme le reflet d'une certaine morale envers la famille, morale prônant la liberté et l'ouverture. Or ces mêmes familles se trouvent piégées par le manque d'intimité et l'imposition d'une communication obligée en raison de l'absence de fermeture. Enfin, à l'aide de données quantitatives issues d'une large enquête menée en Belgique, *Marie-Thérèse Casman* et *Anne Gauthier* comparent le profil des propriétaires à celui des locataires.

Les rapports entre famille et communauté sociale sont examinés dans une troisième section. *Renée Dandurand* et *Romaine Ouellette* se sont rendues compte, au cours de leur recherche sur la place des parentèles dans les représentations et les pratiques, de l'importance du quartier comme fournisseur d'identité. Dans le contexte suisse, *Michel Bassand* rapporte les conclusions d'une recherche longitudinale sur un quartier en habitat groupé. Enfin, *Jean-François Stassen* a mené une étude de terrain auprès d'individus possédant une résidence secondaire d'un type particulier: une caravane sédentarisée.

Dans la dernière partie de l'ouvrage, l'accent porte sur les espaces symboliques. *Josette Coenen-Huther* et *Anne Muxel* livrent des contributions relatives à la mémoire familiale. Les auteurs y abordent la question de la place accordée au mythe familial, ainsi que celle de la construction identitaire des individus en fonction de lieux symboliques. *Roch Hurtubise* et *Michèle Vatz-Laaroussi* proposent également une réflexion sur l'espace symbolique de la famille. L'importance de la dimension temporelle est mise en évidence: d'une part il peut y avoir continuité ou rupture avec le passé, d'autre part on peut opposer une vision du temps cyclique (reproduction du connu) à une vision du temps linéaire.

On trouve quelques thèmes récurrents dans l'ouvrage: celui du rapport entre les hommes et les femmes (au sein du couple, mais aussi en fonction de l'insertion professionnelle des uns et des autres), celui du rapport entre les générations, celui de la sociabilité. Dans une contribution qui sert de conclusion à l'ouvrage, *Jean Rémy* réfléchit plus particulièrement à ce dernier thème. Il suggère que l'espace familial permet de conserver des repères dans le temps, en contre-pied du processus croissant d'individuation dans les sociétés modernes.

La majorité des contributions rassemblées ici proviennent du monde francophone, et la plupart sont basées sur un matériel issu d'entretiens qualitatifs avec des familles. Comme le relève *Jean Kellerhals* dans l'introduction, ces communications doivent être considérées comme des «outils de travail», des pistes en voie d'exploitation. Même si l'ensemble des contributions est quelque peu éclaté, on perçoit cependant l'intérêt et la richesse d'une telle direction de recherche.

Claudine Burton-Jeangros (Genève)

GERARD NEYRAND (DIR.)
LA FAMILLE MALGRÉ TOUT

ARLEA CORLET, CONDE-SUR-NOIREAU 1996, 207 P., FF 85.–

S'il est encore besoin de témoigner de la bonne santé de la recherche sociologique française sur les structures de la famille, alors le numéro coordonné par Gérard Neyrand dans l'intéressante collection «Panoramiques» est un témoignage de tout premier ordre. Trente quatre articles élaborés par trente sept représentantEs de la recherche au sein d'institutions très diverses – les Français adorent les sigles: CNRS, CIMERSS, CERSOF, FNSP, etc. – montrent que le dossier mobilise aussi

bien historiens, sociologues, juristes que psychanalystes. Cinq parties délimitent clairement des problématiques variées: les mutations, la place du sexe, les fondements anthropologiques de la famille, la rupture familiale à travers le divorce ou la séparation et l'organisation des échanges intra-familiaux. Chacun y trouvera son compte selon ses intérêts du moment. Des textes systématiquement brefs, souvent agiles, particulièrement bien adaptés à la vie de pendulaire et qui ne manquent pas d'aiguiser la curiosité du lecteur: voilà un bon parti pris éditorial.

Je m'attarderai ici sur le texte le moins académique, celui qui rompt avec une certaine unité de ton propre aux intellectuels. Ce texte, on le découvre quasiment à mi-parcours (à la page 76 précisément), au moment où l'on ne s'y attend pas, juste après un article sur le sida qui conclut sur le «potentiel préventif indéniable» que constitue la famille dans ce contexte sanitaire. Rien que de très banal. La page tournée, sans transition, la famille devient le lieu de l'enfer, équivalent pour deux millions de femmes françaises – au bas mot selon les estimations proposées par le secrétariat d'Etat du droit des femmes en 1988 – à une vie de souffrances et de violences quotidiennes. Commence alors une lettre de femme battue. Pour cette seule lettre, ni racoleuse ni obscène, il faut lire ce numéro.

Autre point sur lequel je souhaite m'attarder: quelles traces laisse l'histoire dans les discours? Un seul historien de formation – *Bernard Derouet* – a été convié au bal, de manière assez conventionnelle d'ailleurs, puisque sa présence isolée donne l'impression qu'il est chargé d'ouvrir le livre comme pour poser des repères et garantir à l'ensemble de l'ouvrage l'épaisseur du temps social sur laquelle on veut bien s'appuyer, mais sur laquelle on ne veut ou peut débattre.

J'ai compté. Force est de constater que six articles seulement incluent des références explicites à l'histoire. Même dans ces cas rares, les renvois bibliographiques sont toujours minces et reflètent encore une fois l'hermétisme institutionnel, qui se traduit par une corrélation presque parfaite entre filière de formation et filière bibliographique au moment où l'on réclame toujours plus d'interdisciplinarité!

Mais, peut-être, y'a-t-il d'autres raisons à cette absence de dialogue? Si l'on regarde le texte de Bernard Derouet, que nous apprend-il au juste? D'une part, que la séparation grandissante au cours du XIXe siècle des espaces privés et de travail a été un élément décisif pour la redéfinition de la structure familiale et des rapports hommes/femmes. D'autre part, il insiste sur le fait que «la famille du milieu du XXe siècle s'inscrivait, plus qu'on ne l'a pensé sur le moment, dans un long processus de mutations qui était encore en cours.» L'auteur rappelle alors combien le primat de l'affectif, perçu comme condition de stabilité de la vie familiale jusque dans les années 50, s'est révélé source d'instabilité conjugale dans les dernières décennies, phénomène qui lui semble «davantage le prolongement d'un mouvement de longue durée qu'une rupture historique radicale.» La notation est intéressante mais, en intervenant *a posteriori,* l'historien ne risque-t-il pas d'être pris au piège d'une démarche qui ne peut que s'inscrire en arrière-fond de l'entreprise sociologique? Surtout, penser la durée comme processus permanent relève d'une argumentation quelque peu tautologique. De plus, situer trop systématiquement le propos dans un temps abstrait de structures pluriséculaires est peut-être intellectuellement vivifiant; mais à ne pas savoir dépasser ce niveau d'intellection, on risque fort de ne pas trouver la porte permettant de dialoguer avec le chercheur qui se confronte aux vivants et au monde

politique, car la question familiale est une question politique. Dans ces conditions et si le discours historien en reste là, que l'on me permette de douter que la transformation du dialogue entre les deux disciplines puisse être autre chose qu'un vœu pieux.

Frédéric Sardet (Yverdon-les-Bains)

ALLGEMEINE BESPRECHUNGEN / COMPTES RENDUS GÉNÉRAUX

MARTINE OSTORERO **«FOLÂTRER AVEC LES DÉMONS»** SABBAT ET CHASSE AUX SORCIERS À VEVEY (1448)

CAHIERS LAUSANNOIS D'HISTOIRE MÉDIÉVALE 15, LAUSANNE 1996, 323 P., FS 30.–

Martine Ostorero propose avec «Folâtrer avec les démons» une analyse détaillée et très bien documentée de trois procès de «sorcellerie» qui se sont déroulés dans le Pays de Vaud au milieu du XVe siècle. Son livre met à jour les destinées respectives de trois victimes d'un même tribunal inquisitorial, deux hommes et une femme, jugées au mois de mars 1448 au château de La Tour-de-Peilz. Ces procès, où une dénonciation en amène à une autre, forment un objet d'étude cohérent qui représente le premier exemple si bien documenté d'une chasse aux sorciers dans le Pays de Vaud. Cette série juridique se situe, comme le démontre avec pertinence Ostorero, à un moment capital de l'histoire de la sorcellerie, à savoir aux débuts d'un glissement catégoriel au cours duquel «hérésie» et «sorcellerie» s'impliquent mutuellement, phénomène qui va de pair avec le développement de la démonologie. A travers son analyse, l'auteur réussit non seulement à méticuleusement reconstruire les événements et les contextes des procès de Jaquet Durier, Catherine Quicquat et Pierre Munier – qui sont en eux-mêmes d'un intérêt majeur pour l'historien – mais aussi à mettre en question plusieurs idées reçues sur la chasse aux sorciers et à combler des lacunes sur ses débuts dans le Pays de Vaud. Son édition bilingue des trois procès, ses annexes comprenant d'autres documents relatifs aux procès, une chronologie de leur déroulement, des notices biographiques des principaux acteurs et une bibliographie conséquente témoignent de la qualité du travail de recherche historique de l'auteur et représentent des sources nouvelles et précieuses pour l'étude de la chasse aux sorciers.

L'étude d'Ostorero peut se diviser en trois parties. Une première section, qui comprend l'introduction et le premier chapitre, expose non seulement les principaux acteurs et le fonctionnement d'un tribunal inquisitorial aux premières années de la chasse aux sorciers, mais présente également les approches historiographiques dominantes relatives à la persécution des sorciers entre le XVe et le XVIIe s. Ostorero expose utilement dans cette première partie les enjeux principaux liés aux débats sur le développement de la sorcellerie en Europe. Au cours de son analyse, elle réconcilie ce qu'elle voit comme formant deux camps de pensée: celui qui croit à la réalité du sabbat (puisant dans le folklore populaire) et celui qui y voit une pure construction savante élaborée par les juges et les clercs. Si l'auteur emprunte l'idée du «stéréotype du sorcier» à Norman Cohn (*Europe's inner demons,* Londres 1975) comme grille de lecture des procès, à la différence de ce dernier elle prend en compte les paroles des accusés devant le tribunal, ainsi que les croyances populaires qui nourrissent la construction savante du sabbat. A partir de la thèse de Richard Kieckhefer, qui oppose «sorcery» (qui fait partie des croyances populaires) à «diabolism» (une transformation savante des idées), l'auteur analyse les conceptions plurielles de la sorcellerie qui se manifestent au cours d'un même procès. Elle met également en évidence l'importance du pouvoir politique local en jeu dans les

procès, tout comme celle de la mort du sorcier qui fonctionne comme rappel et renforcement de l'ordre ecclésiastique et royal, idée qu'elle attribue un peu trop exclusivement à Robert Muchembled.

Les chapitres deux à quatre sont des lectures individuelles de chacun des trois procès à travers lesquelles Ostorero approfondit son étude du procès inquisitorial et analyse les éléments spécifiques à chaque procès et victime. Parmi d'autres problématiques, l'auteur soulève ici des questions importantes relatives à l'identité sociale au quinzième siècle. Elle note, par exemple, que le procès-verbal de la seule femme, Catherine Quicquat, révèle un intérêt disproportionné de la part des clercs quant aux aspects sexuels du sabbat, ce qui signale une misogynie importante et déjà présente qui ne cessera de se renforcer au fil des années, bien que, comme l'auteur le démontre plus loin, la chasse aux sorcières à cette époque dans le Pays de Vaud touche encore une majorité de victimes masculines. Ces trois chapitres centraux permettent la reconstruction détaillée de tout ce qui entoure et influence chacun des trois cas, ainsi que la mise en évidence d'une transformation d'ordre plus général durant cette période historique dans la construction et la représentation du sorcier – en ce qu'il lui est accordé une identité hérétique à travers la nouvelle science savante de la démonologie. Surtout, à travers les procès de Quicquat et de Durier, l'auteur démontre le grand décalage entre les aveux des accusés et le formulaire auquel ils sont tenus de répondre suivant une grille préconçue où l'on cherche «à insérer les aveux de [l'accusé] dans un cadre démonologique savant pour permettre sa condamnation» (76–77). Ostorero souligne ici l'impossibilité d'un récit continu de la part de l'inculpé face à cette structure rigide, ainsi que le rôle important de la torture (l'étude d'Elaine Scarry, [*The Body in Pain*, New York 1985], aurait pu ici apporter quelques compléments utiles) dans la métamorphose des simples tours de magie (l'utilisation d'une poudre ou d'un philtre d'amour) en un discours détaillés sur le sabbat et sur le diable qui est le fait de conceptions savantes et ecclésiastiques.

Les deux derniers chapitres de l'étude servent de lieu de synthèse. L'auteur y réexamine comment s'est fait le passage historique de l'individu «faiseur de sortilèges» à la secte des sorciers. Elle démontre comment, pour arriver à assimiler le simple «sorcier» à l'«hérétique», les pouvoirs ecclésiastiques ont dû chercher à l'entourer d'une secte d'adeptes. Ostorero met aussi en évidence «l'aveu» comme mode de preuve privilégié (on aurait pu s'attendre ici à une évocation des travaux de Michel Foucault) et les changements historiques dans la procédure juridique qui se manifestent à travers ces procès. Elle souligne également, d'une façon convaincante, l'importance capitale de la recherche de «complices» au sein d'un tel système. A travers son étude de ces trois procès de 1448, Ostorero établit nettement la fusion qui est en train de se faire entre la secte hérétique connue sous le terme «hérétiques vaudois modernes» et la sorcellerie dans le Pays de Vaud, région capitale (avec tout l'arc lémanique et la région du Dauphiné) pour l'étude de la sorcellerie européenne, en ce qu'elle est le théâtre précoce de cette contamination catégorielle.

Katherine Dauge-Roth (Ann Arbor)

REGULA SCHMID
REDEN, RUFEN, ZEICHEN SETZEN
POLITISCHES HANDELN WÄHREND DES BERNER TWINGHERRENSTREITS 1469–1471
CHRONOS, ZÜRICH 1995, 320 S., 6 ABB., FR. 68.–

Das wohl heute noch bekannteste Ereignis aus der mittelalterlichen Geschichte Berns, der Twingherrenstreit 1469–1471, resultierte aus den Zentralisierungsbestrebungen der Stadt Bern, welche die mannigfaltigen Herrschafts- und Gerichtsrechte der umliegenden Landschaften vereinheitlichen und unter ihre Kontrolle bringen wollte. Getragen wurde diese Politik von Aufsteigern wie Peter Kistler. Mit ihren Bestrebungen griffen sie allerdings in die Rechte der Herrschaftsträger auf dem Lande, die gleichzeitig Berner Bürger waren und im Rat sassen (die Twingherren) ein. Der Twingherrenstreit war somit nicht nur ein Konflikt zwischen den ländlichen Herren und der Stadt, sondern ein Machtkampf innerhalb der städtischen politischen Führungsgruppe, zwischen dem alteingesessenen Stadtadel und den wirtschaftlich erfolgreichen Aufsteigern. Regula Schmid untersucht diesen Elitenkonflikt mit einem Modell von politischem Handeln, für das Pierre Bourdieu und Max Weber Pate gestanden haben. Sie folgt zum einen Bourdieus Vorstellung von «sozialen Räumen», die jedem Menschen je nach seinen Ressourcen (ökonomisches, soziales, kulturelles Kapital) zugewiesen werden. Der Umgang mit diesem Kapital «resultiert aber in erster Linie aus einer wahrgenommenen Chance und nicht aus einem äusseren Zwang». (27) Damit wendet sie sich gegen bisher in der Forschung überwiegend angewendete Gesellschaftstheorien, die das politische Denken und Handeln der Protagonisten aus deren sozialem und ökonomischem Umfeld ableiten und als Reaktionen auf Zwang interpretieren. Zum anderen orientiert sie sich an Max Webers Definition von politischem Handeln als sozialem Handeln, das auf das Verhalten anderer bezogen ist, «gleichzeitig und spezifisch aber auf das Ziel ausgerichtet, gesellschaftliche Zustände zu beeinflussen». (28) Dabei geht sie von der Annahme aus, dass Politik von einzelnen Menschen und nicht von abstrakten Institutionen wie «dem Staat» oder «der Stadt Bern» gemacht wird. Für die Darstellung und methodische Umsetzung wählt sie den Zugang über die Historische Anthropologie, mit der Konzentration auf individuelles und kollektives Handeln, die Perspektive der Betroffenen, eine detaillierte Beschreibung und vergleichende Analyse. Für diesen Ansatz einer «dichten Beschreibung» ist ihr Untersuchungsfeld gut gewählt, denn kaum ein innerstädtischer Konflikt im späten Mittelalter ist chronikalisch so gut überliefert wie der Twingherrenstreit, über den Benedicht Tschachtlan, Heinrich Dittlinger, Diebold Schilling und Thüring Fricker berichten. Ziel ist es, durch die genaue Darstellung von Handlungsformen im politischen Alltag, «während der nach Symbolkraft und Funktion der Handlungselemente gefragt wird», die politische Kultur in Bern am Ausgang des Mittelalters zu beschreiben. (26–27)

Die Untersuchung der politischen Kultur einer spätmittelalterlichen Stadt bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung, die die Möglichkeiten und Grenzen des Quellenmaterials aufzeigt und die sozialen und verfassungsmässigen Rahmenbedingungen deutlich macht. Dies unternimmt Schmid im zweiten Kapitel über die chronikalischen Quellen. Hervorzuheben ist vor allem ihr Nachweis, mit welchen methodischen und rhetorischen Kunstgriffen Thüring Fricker gearbeitet hat, um das Urteil des Lesers zuungunsten von Peter Kistler, dem Aufsteiger, zu beeinflussen. Von der Vorstellung,

dass Fricker die Reden protokollhaft wiedergegeben habe, wird man sich endgültig verabschieden müssen. Im dritten Kapitel untersucht sie die soziale Rekrutierung der Mitglieder des Grossen und Kleinen Rates und versucht die Zusammensetzung der Konfliktparteien (Twingherrenpartei, Kistlerpartei) zu erhellen. Aufgrund der Überlieferungslage kann sie nur wenige Namen der einen oder anderen Partei zuordnen.

Gemäss ihrer Annahme, dass die Handlungen der Beteiligten als das Nutzen oder Auslassen von Chancen zu interpretieren sind, stellt sie im vierten Kapitel die politischen Vorstellungen der Gegner in Thüring Frickers Darstellung des Twingherrenstreits vor. Die Konfliktparteien streiten darum, mit welchem Inhalt die politischen Leitideen – Ehre, Gemeiner Nutzen, altes Herkommen, Stadtfrieden – gefüllt werden sollten. Es ging «um das Definitionsmonopol über die für das Regiment geltenden Normen». (119) Gegenstand des fünften und zentralen Kapitels ist die Austragung dieses Streits in Form von politischen Ritualen, Taktiken und Strategien. Weiterführend ist die Würdigung des Grossen Rats, dessen Funktion und Bedeutung als Handlungsort und -träger städtischer Politik oft unterschätzt wird. Sehr erhellend ist der Abschnitt «Präsenz und Kompetenz», in dem Schmid anhand der Teilnahme an den Sitzungen des Kleinen Rats nachweisen kann, wie stark die persönliche Anwesenheit im Rat Politik bestimmt hat. Überzeugend interpretiert sie die bekannte Ablehnung und Übertretung der Kleiderordnungen von 1470 durch den Stadtadel als gezielte politische Handlung, um seine soziale Distinktion öffentlich festschreiben zu können.

Schmid bündelt ihre Ergebnisse in «drei Prinzipien politischen Handelns», die «zusammen Ansätze zu einem Modell politischen Handelns im Spätmittelalter bilden» (256): Präsenz, Ad-hoc-Verfahren und Trial-and-Error-Verfahren. Danach ist das politische Handeln an die Präsenz von Personen gebunden und orientiert an allgemein anerkannten Werten, Normen und Traditionen («Brauch»), die je nach Situation (ad-hoc) aktiviert werden können. In Konfliktfällen wird über die «richtige» Interpretion dieser Werte gestritten. Hinter dem Prinzip «Versuch und Irrtum» verbirgt sich ein politisches Vorgehen, mit dem zunächst rechtliche Ansprüche gegenüber den politischen Gegnern formuliert werden und dann auf deren Reaktionen gewartet wird. Je nach dem, wie diese ausfallen, entscheidet man sich für Zugeständnisse und Entgegenkommen oder dafür, seine Vorstellungen konsequent durchzusetzen.

Das vorgeschlagene Handlungsmodell ist sicher anschluss-fähig, wenn auch noch erweiterungsbedürftig. Es ist zu fragen, inwieweit sich mit ihm auch das politische Verhalten der Bürger ausserhalb der politischen Führungsschicht fassen lässt. Dies ist ein noch ausstehender, aber notwendiger Test auf dem Weg zur Modellbildung. Überhaupt vermisst man die konsequente Anwendung des Konzepts der «sozialen Räume». Die soziale Friktion in der Führungsschicht Berns hätte man sich deutlicher herausgearbeitet gewünscht. Wie genau war Kistlers «Kapital» gestaltet und wann war es aufgebraucht? Welche Rolle spielte die Ehre beim Scheitern seines Versuchs, den Konnex von Herkunft, Besitz, Bildung und politischer Macht zugunsten der sozialen Aufsteiger zu lockern?

Regula Schmids Interpretation des Twingherrenstreits ist in den Passagen, in denen sie die Quellen kritisch befragt, auf der Beschreibungsebene argumentativ stringent und methodisch reflekiert. Am Berner Beispiel gelingt es ihr, unser Verständnis von politischem Handeln im Zu-

sammenhang mit Konfliktaustragungen in Oberschichten spätmittelalterlicher Städte beträchtlich zu erweitern. Weniger gelungen ist der Versuch, die soziologischen Kategorien mit der Darstellungsweise der Historischen Anthropologie zu verbinden. Auch vermisst man die stärkere Berücksichtigung der sozialen Strukturen, in denen die Akteure ihre Chancen wahrnahmen oder verpassten.

Jörg Rogge (Halle a. d. Saale)

RANDOLPH C. HEAD
EARLY MODERN DEMOCRACY IN THE GRISONS
SOCIAL ORDER AND POLITICAL LANGUAGE IN A SWISS MOUNTAIN CANTON, 1470–1620
CAMBRIDGE UNIVERSITY PRESS, CAMBRIDGE 1995, 287 S., 8 ABB., FR. 70.–

«Die form unsers Regiments ist Democratisch: unnd stehet die erwellung unnd entsetzung der Oberkeiten / allerley Amtleüten / Richtern und Befelchshabern / so wol in unsern befreyten unnd herrschenden Landen / als auch uber die / so uns underthenig sind / bey unserem gemeinen man […].» Wenn die Verfasser dieses Pamphlets, das das blutige Strafgericht in Thusis im Jahr 1618 rechtfertigt, die Souveränität beim gemeinen Mann lokalisieren, die Regierungsform als demokratisch bezeichnen, bedienen sie sich einer bestimmten politischen Sprache. Allerdings ist diese «radikal-populistische» nicht die einzige politische Sprache, die sich aus Bündner «Überzeugungsliteratur» der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts herausdestillieren lässt. Daneben bestehen auch grundsätzlich andere Vorstellungen über die legitimen Träger der Souveränität im Freistaat, über dessen Herkunft und Aufgaben. Alle diese Sprachen verweisen auf eine Graubünden eigentümliche politische Kultur, die sich seit dem 15. Jahrhundert entwickelte.

Randolph Head untersucht in seiner 1992 abgeschlossenen Dissertation die Entstehung und Ausgestaltung der bündnerischen Institutionen und politischen Praktiken sowie der darauf verweisenden politischen Sprachen im 17. Jahrhundert. Dabei geht er vom Modell des Kommunalismus aus, wie es von Peter Blickle entworfen wurde. Stärker als Blickle stellt Head die gemeinsame Nutzung als Grundlage kommunalen Verhaltens in den Vordergrund. Nach einigen Erörterungen zu «Geographie, Gesellschaft und Geschichte» Graubündens schildert Head ausführlich die Entwicklung der politischen Institutionen auf den Ebenen der Gerichtsgemeinde und der Bünde. Gemäss seiner Hauptthese hätten die Bündner auf ihrer Erfahrung des kommunalen Lebens aufgebaut, um das Bündnissystem des 16. Jahrhunderts zu schaffen. Die auf der Ebene der Nachbarschaft und der Gerichtsgemeinden eingeübten politischen Praktiken, insbesondere öffentliche Versammlungen, Mehrheitsprinzip und die öffentlich kontrollierte Verteilung von Gewinnen, seien kreativ auf die Ebene des Bundes umgesetzt worden. Head nimmt damit in gewisser Weise Peter Livers Vorstellung auf, wonach die «Markgenossenschaft» (= Nachbarschaft) die «hauptsächlichste Schule der Selbstverwaltung» sei (erstmals 1929). Es erstaunt deshalb sehr, dass Head Livers Werke zwar in der Bibliographie aufführt, im Text aber explizite Verweise auf den Verfassungshistoriker fehlen. Es erweist sich auch als sehr schwierig, die politischen Praktiken in den Gerichtsgemeinden zu belegen; die wenigen Informationen stammen aus normativen Quellen. Besser belegt ist hingegen die Bundesebene. Formelle Versammlungen waren Bundestage (die Versammlung von Abgeordneten aller Gerichtsgemeinden, die

von den Häuptern der drei Bünde präsidiert wurde) und Beitage (die drei Präsidenten und eventuell zusätzliche Abgeordnete). Bis Ende des 16. Jahrhunderts waren Bundestag und Beitag zu relativ klar definierten Institutionen geworden; die Zahl der Abgeordneten jeder Gerichtsgemeinde war festgelegt, Zeitpunkt und Ort der Treffen hatten sich eingespielt. Über die Hälfte aller regulären Versammlungen von 1500 bis 1620 waren Beitage. Zwar sind davon keine Präsenzlisten überliefert, und die Art, wie die Delegierten in den Gerichtsgemeinden gewählt wurden, variierte stark. Die Protokolle der Beitage lassen aber erkennen, dass diese allmählich zur Domäne einer kleinen, sich selbst ergänzenden Führungsgruppe wurden. Vor allem in den Jahren um 1600 wurden die Versammlungen von etwa einem Dutzend Männer dominiert. Diese kontrollierten die Tagespolitik und besetzten Schiedsgerichte und Botschaften. Allerdings war ihre oligarchische Stellung keineswegs unbestritten. Die Prinzipien, dass die Souveränität auf der Ebene der Gerichtsgemeinde liege und dass die Mehrheit über die Minderheit bestimme, konnten, da die Mitglieder der Bündner Führungsgruppe ihre Machtbasis als lokale Amtsträger in den Gemeinden hatten, deren politische Möglichkeiten und damit die Bundespolitik entscheidend beeinflussen. Head klammert hier allerdings die Analyse von Beziehungen aus, die dieser potentiellen Macht des «gemeinen Mannes» ihrerseits entgegenstehen können, insbesondere Formen des Klientelismus. Als wichtigste Institutionen einer Politik «von unten» erwiesen sich in der frühen Neuzeit Fähnlilüpfe und Strafgerichte. Beide Vorgehensweisen mobilisierten Hunderte von bewaffneten Männern, die damit ihrem Anspruch, die eigentlichen Träger der öffentlichen Ordnung zu sein, Nachdruck verliehen. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurde aber vor allem das Strafgericht zu einem Instrument blutiger Parteienkämpfe. In dieser Zeit scharfer Konflikte, die durch die wachsende Konfessionalisierung und durch Ereignisse auf europäischer Ebene verstärkt wurden, entstand denn auch hauptsächlich die angeführte «Überzeugungsliteratur». Diese ergibt Aufschlüsse über die zu dieser Zeit vorherrschenden «politischen Sprachen» und damit über theoretische Reflexionen zum in vieler Beziehung ungewöhnlichen politischen Gebilde Graubünden. Die Spannung zwischen der Machtausübung durch eine sich selbst ergänzende Elite und dem durch die Bundesbriefe gerechtfertigten Souveränitätsanspruch der Gerichte erweist sich in Theorie und Praxis als entscheidend für die politische Kultur des Freistaats.

Head stellt die Entwicklung der Institutionen und die ideellen Aspekte der politischen Kultur Graubündens in der frühen Neuzeit plausibel und im Lauf der Darstellung in zunehmend fesselnder Weise dar und gibt einen umfassenden Einblick in die politische Geschichte des Freistaats im 16. und frühen 17. Jahrhundert. Hingegen erlaubt sein Vorgehen nicht, die Prozesse der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsbildung, das politische Handeln überhaupt, zu fassen. Man hätte sich gewünscht, dass Head näher sowohl an die sozialen Verhältnisse wie auch an die «Alltagspolitik» herangegangen wäre. Seine interessante Feststellung beispielsweise, dass die mächtigeren Familien die Bestimmung der Amtsträger im Veltlin während der Versammlungen auf Bundesebene suchten, die kleineren Familien aber den Auswahlprozess eher in die Gemeinden selbst trugen (87), weist auf unterschiedliche politische Praktiken verschiedener sozialer Gruppen hin. Aus schweizergeschichtlicher Sicht zu bedauern ist, dass Head kaum Vergleiche mit der angrenzenden

Eidgenossenschaft zieht. Zwar ist es zu begrüssen, dass Graubünden als eigenständiges Staatsgebilde angesprochen wurde, ein Vorgehen, das auch auf die Untersuchung der einzelnen Machtträger im nachmalig schweizerischen Gebiet angewendet werden muss. Aber der Vergleich mit dem angrenzenden Gebiet eher als mit Württemberg, England oder Frankreich würde einige der als bündnerische Besonderheiten angesprochene Phänomene relativieren – oder vielleicht auch unterstreichen. Trotz dieser Einwände ist Heads Buch sicher schweizergeschichtliche Pflichtlektüre, vor allem aber Pflichtlektüre derjenigen, die sich mit Fragen der Staatsentstehung, der politischen Ideengeschichte und der politischen Kultur beschäftigen.

Regula Schmid (Zürich)

RUDOLF JAUN, BRIGITTE STUDER (HG.)
WEIBLICH-MANNLICH
GESCHLECHTVERHALTNISSE IN DER SCHWEIZ: RECHTSPRECHUNG, DISKURS, PRAKTIKEN
FÉMININ-MASCULIN
RAPPORTS SOCIAUX DES SEXES EN SUISSE: LÉGISLATION, DISCOURS, PRATIQUES

CHRONOS, ZURICH 1995, 245 P., FS 38.–

Ce recueil d'articles se présente comme un puzzle qui fait progressivement apparaître plusieurs images des rapports sociaux de sexes en Suisse. Plusieurs, car la période considérée s'étend du XVe jusqu'au début du XXe siècle, mais aussi parce que d'importantes différences intercantonales se profilent à une même époque.

Les contributions des auteur-e-s, inégales dans leur facture et hétéroclites de par les thèmes abordés, se regroupent en deux parties, dont la première s'attache à une analyse historique du domaine juridique. Le droit y est appréhendé comme moyen de structuration et de légitimation d'un ordre réel et symbolique qui accuse un déséquilibre en faveur du sexe masculin. L'unité de ces premiers textes réside dans le genre de sources considérées: actes de jugements, textes de lois, factums judiciaires, extraits de registres officiels… Autant de documents produits par les autorités, mais qui, selon Brigitte Studer, sont à même, non seulement de nous renseigner sur les instances étatiques des époques considérées, mais aussi de nous faire entrer dans la vision du monde et la logique des accusés, témoins et autres cités dans les tribunaux. Encore s'agit-il de cesser de considérer la justice uniquement comme une arme aux mains des autorités pour inculquer des normes et consolider leur pouvoir et de prêter plus d'attention à son utilisation «par le bas», en tant que forme d'expression du social (ainsi, au XVe siècle, le recours de femmes zurichoises aux tribunaux comme moyen formel d'accès à la sphère publique).

Les recherches s'orientent selon deux axes. Tout d'abord, des études de criminologie historique, comprenant aussi bien des réflexions sur la théorie criminologique et sa tendance à la naturalisation des femmes, que des analyses de plaintes pénales, de disputes de voisinage, de condamnations de femmes et d'hommes pour travestissement. Ensuite, des études retraçant l'histoire – lacunaire – de la codification de la différence des sexes, au travers de cas précis, tel le procès d'une marchande genevoise dans le dernier tiers du XVIIIe siècle, exemplaire de la difficulté pour les citoyens bourgeois de concilier l'intérêt du commerce et la sûreté des dots, tels les recours répétés d'une cuisinière célibataire auprès du gouvernement bâlois, au siècle dernier,

dans le vain espoir de pouvoir disposer de sa fortune héritée. Ces travaux nous renseignent sur les pratiques inégalitaires perdurant en Suisse jusqu'au tournant du siècle selon les cantons, ainsi que sur les logiques différentielles qui les sous-tendent et président parfois à leur abolition. Ainsi, la possibilité reconnue ou non aux femmes par les Tribunaux matrimoniaux de faire valoir une promesse de mariage suite à une conception illégitime relevait parfois d'une stratégie politique visant à maintenir aussi bas que possible le taux de nuptialité au sein des couches sociales défavorisées. Ainsi encore, l'abolition, au XIXe siècle, de droits séparés, notamment la tutelle imposée aux femmes qui souhaitaient se livrer à des activités de commerce, n'obéit pas, comme on pourrait s'y attendre, à des motifs égalitaires, mais bien plutôt à des motifs d'ordre pratique.

La deuxième partie traite, selon son titre français, du «discours sur les rapports sociaux de sexes et le changement social». Il s'agit toutefois plutôt des discours «instituant» les rapports sociaux de sexes, ou du moins les «institutionnalisant» (c'est très clairement le cas en ce qui concerne l'armée, mais aussi les services d'aide sociale et le domaine médical). La période considérée est plus unitaire (fin XIXe–début XXe siècle), les sources plus diversifiées (littérature scientifique et «morale», codex d'associations estudiantines, publications du département des affaires militaires, journaux, textes de propagande...). Deux thèmes marquants polarisent les diverses contributions. L'un, fortement connoté au masculin : celui de l'armée, en tant qu'instance de socialisation masculine par excellence dès la Belle Epoque en Suisse; le second, au féminin : celui de l'émergence de discours eugénistes aboutissant dans la pratique au cas extrême de stérilisations (de femmes dans environ 90% des cas). Dans leur ensemble, les travaux présentés dans cette deuxième section convergent dans la démonstration d'une radicalisation du discours dualiste sur les sexes au tournant du siècle, d'une rigidification de la partition des rôles sexués et d'une naturalisation des «caractères», des «identités» sexuels. Cette radicalisation aboutit, au plus tard dans l'entre-deux-guerres, à l'instauration des deux symboles par excellence des identités sexuelles en Suisse: le «militaire» (Wehrmann) et la «ménagère» (Hausfrau), symboles transcendant les classes sociales (R. Jaun). Ainsi, pour les jeunes gens, l'aptitude au service militaire et son accomplissement deviennent la condition d'accès au statut d'homme viril. Quant aux jeunes femmes, il s'agit avant tout de les éduquer aux valeurs morales bourgeoises afin de les préparer aux rôles d'épouses et de mères de famille travailleuses (dans leur foyer) et corollairement d'étouffer en elles toute velléité de participation aux sphères sociales publiques.

Finalement, l'impression générale qui ressort de la lecture de cet ouvrage collectif est celle d'un appauvrissement drastique dans l'expression et la pratique des rapports sociaux de sexes en Suisse au tournant de ce siècle. Preuve s'il en était besoin qu'un infléchissement de la législation dans le sens d'une égalité des droits entre femmes et hommes ne saurait suffire à instituer des rapports sociaux plus démocratiques.

Marilène Vuille (Lausanne)

DOMINIQUE SERRE-FLOERSHEIM
LE PASSÉ RÉFLÉCHI OU COMMENT DÉCRYPTER NOTRE HISTOIRE PAR L'IMAGE
VOL. 1: MOYEN-ÂGE-XVIE SIÈCLE; VOL. 2: XVIIE–XVIIIE SIÈCLES

LES ÉDITIONS D'ORGANISATION, PARIS 1995, 222 ET 262 P., FS 59.– LE VOLUME.

Voici deux ouvrages qui pourraient bien relancer le débat de l'impérialisme de l'histoire envers ses disciplines sœurs, à savoir ici l'histoire de l'art. Destinés à un public varié mais peut-être surtout aux professeurs d'histoire dans l'enseignement supérieur, ces deux premiers volumes d'une série de trois placent l'image au centre de l'acquisition d'une culture générale. Ils sont divisés en deux parties, l'une didactique qui fait office de démonstration méthodologique et l'autre «pratique» qui aborde des exemples de lectures iconographiques. Certes les «mémentos» à la fin de chaque période chronologique, Moyen Age, Renaissance, etc., sont trop scolaires et de peu d'intérêt par rapport aux analyses des images. Par contre, le choix des images, leur présentation en noir et blanc couplée, pour la plupart d'entre elles, à leur reproduction couleur donnent à penser et à méditer sur un bel outil de travail.

L'historien et l'enseignant utilisent bel et bien l'image, mais la plupart du temps elle n'est là que pour «illustrer» le propos majeur qui est écrit. La pratique de l'explication de texte historique est un classique épistémologique du savoir qui a toute sa valeur. Dominique Serre-Floersheim soutient que l'image a également sa place dans la mise en place de la culture historique. L'illustration séduit, captive et laisse des traces dans la mémoire qui pourrait ainsi faciliter l'acquisition et l'appropriation des connaissances. Le propos est d'ordre pédagogique et donne des clés d'interprétation, ainsi qu'une démarche méthodologique, contrairement à l'ouvrage récent de Francis Haskell (*L'historien et les images*, Paris 1995).

Dominique Serre-Floersheim introduit chaque illustration par la formulation des impressions que le sujet ressent à la vue de l'image choisie. En quoi, pourquoi cette image évoque-t-elle quelque chose en nous malgré la distance temporelle qui nous en sépare? La compréhension de la composition de l'image suit cette première perspective. Ces aspects de l'image – spécialement le dernier – sont le plus souvent négligés lorsque l'historien fait usage des supports iconographiques; ils trouvent dans cet ouvrage une place majeure. Ce n'est qu'après ces précisions préliminaires que l'auteur part à la quête du sens de l'image. L'observation méthodique des éléments de l'image, leurs relations sont autant de savoir-faire qu'il est intéressant de développer dans notre société de l'image éphémère, de l'image que l'on voit plus qu'on ne la regarde. L'ensemble de la démarche proposée par Dominique Serre-Floersheim est alors susceptible d'aboutir à une explication d'image qui dès lors prend pleinement son sens. Tout autant qu'un texte dont on attend que du sens lui soit donné, que des hypothèses en émergent, le «support image» est porteur d'une signification autonome.

L'image se prête, c'est une hypothèse que je formule, aux idées formulées par Carlo Ginzbourg dans un article célèbre («Signes, traces, pistes, racine d'un paradigme de l'indice», *Débat* 6 [1980], 3–44) à savoir la poursuite indicielle, la traque incessante du détail. Ginzburg propose de partir à la recherche de l'insignifiant, du singulier, de tout ce qui se trouve aux marges du sens des contemporains. Il s'agit d'observer, de regarder ce que l'artiste n'a pas mis «en avant» simplement parce que son évidente présence n'avait aucune raison d'être

signifiante, au moment de la création de son œuvre.

Incontestablement, l'expérience de l'iconographie dans l'acquisition du savoir historique est légitime. On attend, avec impatience, le troisième volume consacré aux XIXe et XXe siècles.

Louis-Philippe L'Hoste (Lausanne)

ANDREAS WENDLAND
DER NUTZEN DER PÄSSE UND DIE GEFÄHRDUNG DER SEELEN
SPANIEN, MAILAND UND DER KAMPF UMS VELTLIN (1620–1641)
CHRONOS, ZÜRICH 1995, 480 S., 2 KARTEN, FR. 58.–

In den Konflikt um das Veltlin – sozusagen eine Nebenhandlung des Dreissigjährigen Kriegs – waren verschiedene Parteien involviert: Veltliner und Bündner, Katholiken und Protestanten, Spanier (als Herren im Herzogtum Mailand) und Franzosen (als Gegner der spanischen Universalmonarchie). Schon früh ist dieser Konflikt zum Gegenstand der Geschichtsschreibung geworden. Vor allem die Regionalhistoriker, Veltliner und Bündner, haben sich in ziemlich erschöpfender Weise damit auseinandergesetzt. Was bringt da die Dissertation von Andreas Wendland Neues? Zunächst einmal jenen distanzierten und differenzierten Blick auf die Kontrahenten und deren Interessen, den die ältere, teilweise apologetische Literatur oft vermissen lässt. Inhaltlich neu ist Wendlands Ansatz insofern, als er die spanischen Machtträger ins Zentrum der Darstellung rückt und entsprechend ausgiebig spanisches Quellenmaterial berücksichtigt, vor allem aus dem Archivo General de Simancas (Madrid). So informiert seine Arbeit über Funktionsabläufe in der spanischen Monarchie, über die verschlungenen Wege der Willensbildung und Entscheidungsfindung zwischen Madrid und Mailand, am Hof und im Verwaltungsapparat, unter königlichen Räten, Beichtvätern, Statthaltern, Gesandten und Offizieren.

Die Darstellung bringt zunächst eine Exposition über Herrschaftsverhältnisse, die Konfessions- und Militärpolitik und behandelt dann chronologisch die einzelnen Phasen des Konflikts bis zu dessen Lösung. Das Veltlin, anfangs Teil des mailändischen Territoriums, geriet 1512 unter die Herrschaft der Bündner. Nach dem Muster des italienischen Territorialstaats verstanden sich Gemeine Drei Bünde als Fürst ihrer Veltliner Untertanen, als «principe naturale» ihrer «sudditi». Bedeutete diese Herrschaft Ausbeutung? Kaum. Zwar wussten die Bündner Amtleute nicht recht zwischen öffentlichem und privatem Nutzen zu unterscheiden; auch war ihre Amtsführung keiner Kontrolle unterworfen. Aber die steuerliche Belastung der Veltliner war gering; ihre lokalen Institutionen blieben erhalten. Zudem waren das Veltlin und die «Herrschenden Lande» der Bündner in nichtformeller Hinsicht eng miteinander verflochten, insbesondere durch die Zusammenarbeit der Eliten, durch Verschwägerung zwischen den führenden Geschlechtern beider Gebiete.

Ernsthafte Streitpunkte ergaben sich erst mit der Konfessionalisierung. Eine Mehrheit der Bündner Gemeinden schloss sich der Reformation an, während sich im Bistum Como (zu dem das Veltlin gehörte) die tridentinische Reform durchsetzte. Die bündnerische Obrigkeit demonstrierte ihre landesherrliche Gewalt, indem sie im Veltlin die kirchliche Disziplinargewalt an sich zog und Säkularisierungen vornahm. Der Veltliner Widerstand gegen solche Massnahmen wurde durch Strafgerichte niedergeschlagen. Schliesslich riskierten die Veltliner im Jahr 1620 jenen blutigen Aufstand, den spätere Historiographen mit der schauerlichen Bezeich-

nung «Sacro Macello» belegten. Die Rebellen ermordeten oder vertrieben die Bündner Herren und die protestantische Veltliner Minderheit. Lanciert wurde die Aktion von den führenden katholischen Familien des Untertanengebiets; gerechtfertigt wurde sie mit der religiösen Tyrannei des Bündner Regiments; militärische Deckung erhielt sie durch das Eingreifen spanischer Truppen von Mailand her. Diese besetzten das Veltlin und das bündnerische Münstertal, also die Verbindung nach Tirol. Eine Gegenoffensive der Bündner, mit Zuzug aus Zürich und Bern, wurde zurückgeschlagen.

Für die Spanier war das Veltlin von grossem strategischem Interesse. Es bildete für sie einen Korridor durch den zentralen Alpenraum, die kürzeste Verbindung zwischen den Ländern der spanischen und der österreichischen Habsburger. Ausserdem betrachteten sie das Tal als Vorfeld des katholischen Bollwerks Italien. Ihre Intervention, behaupteten sie, würde ein Übergreifen der protestantischen Häresie auf die Südseite der Alpen verhindern. Diese Behauptung stiess allerdings weitherum auf Misstrauen, nicht zuletzt in der politischen Öffentlichkeit der italienischen Staaten. So warf die venezianische Publizistik dem Gouverneur von Mailand vor, er unterstütze die Veltliner nur aus machtpolitischen Gründen in der Empörung gegen ihre «naturali signori e superiori», die Bündner. (131)

Die Kontrolle über das Veltlin wurde den Spaniern in der Folge von ihren wichtigsten Gegnern, den Franzosen, streitig gemacht. Im Jahr 1635 eroberten Bündner Truppen, die unter französischer Führung und in französischem Sold standen, das Tal zurück. Nun erwarteten die Bündner von der Regierung Richelieus die formelle Rückgabe des Untertanengebiets. Als diese hinausgezögert wurde, suchte die bündnerische Führungsgruppe Kontakt mit den Regenten in Tirol und Mailand. Mit deren Hilfe gelang es ihr, die Franzosen auszumanövrieren.

Vor diesem Hintergrund – und aufgrund der militärischen Lage in Süddeutschland – erfolgte 1639 in Mailand der Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Spanien und Gemeinen Drei Bünden. Dabei wurden natürlich in erster Linie die politischen und konfessionellen Verhältnisse im Veltlin geregelt. Das Gebiet wurde wieder der bündnerischen Hoheit unterstellt, sollte aber durchwegs katholisch bleiben. Den protestantischen Bündner Amtleuten wurde die Ausübung ihres Glaubens im Veltlin untersagt. Protestantische Grundeigentümer durften sich nur für einen Monat im Jahr dort aufhalten. Das Abkommen hinderte aber die reformierten Bündner Herren keineswegs an der Vermögensbildung im Veltlin.

Mit dem Abschluss dieses Vertrags bewiesen die Bündner Flexibilität. Sie gaben ihre von den reformierten Prädikanten inspirierte, «republikanische» Aussenpolitik auf und liessen sich auf eine enge Bindung an die Casa de Austria ein. Dafür gewannen sie das Veltlin zurück: Das war ihnen die Hauptsache. In der Folge verstärkte sich ihre wirtschaftliche und kulturelle Ausrichtung nach Süden und Osten; im gleichen Mass lockerte sich ihre Beziehung zu den eidgenössischen Orten. Das Vertragswerk von 1639 prägte die Verhältnisse im Veltlin und die Bündner Aussenbeziehungen bis zum Ende des Ancien Régime.

Auch die Aussenpolitiker der spanischen Monarchie lösten sich ein wenig von den konfessionellen Imperativen. Immerhin überantworteten sie die Veltliner, ihre katholischen Schutzbefohlenen, wieder der weltlichen Oberhoheit teilweise häretischer Landesherren. Das bedeutete einen harten Test für die Glaubwürdigkeit jener Macht, die im Abendland für «reputacion, religion, conservacion» einzustehen behauptete. (99) Doch

dafür hatten die Spanier sich ihren militärischen Korridor gesichert und zumindest die Seelen der Veltliner gerettet. «In der eigentümlichen Verbindung von militärpolitischen Interessen, katholischer Rückeroberung, realpolitischer Rücksichtnahme und politischer Legitimität, die in den Mailänder Verträgen zum Ausdruck kommt, liegt die eigentliche Originalität und Leistung der spanischen und mailändischen Diener des Katholischen Königs.» (359) Tatsächlich frappiert am ganzen Geschehen eine gewisse Loyalität unter den Herrschenden, ob es sich nun um Bündner oder um Spanier handelte: Einigkeit in barockem Legitimismus.

Wegen des chronologischen Vorgehens sieht Wendlands Arbeit vorerst wie ein (grosses) Stück Ereignisgeschichte aus. Sie leistet aber mehr, indem sie jeweils eingehend die Motivations- und Interessenlage der Akteure erkundet und jene Denkmuster rekonstruiert, die irgendwo zwischen Mentalität und Ideologie stehen.

Florian Hitz (Zürich)

MARTIN MERKI-VOLLENWYDER
UNRUHIGE UNTERTANEN
DIE REBELLION DER LUZERNER BAUERN IM ZWEITEN VILLMERGERKRIEG (1712)

REX VERLAG, LUZERN 1995, 216 S., FR. 45.–

Martin Merki befasst sich in seiner Zürcher Dissertation mit einem in der Schweizer Geschichte nicht sonderlich beachteten Aufstand der Luzerner Untertanen gegen ihre städtischen Herren. Im Brennpunkt liegt die Zeit zwischen Ende Mai 1712, nach der ersten Niederlage der Katholiken in der sogenannten Staudenschlacht bei Bremgarten, und Ende Juli, als die Rebellion nach der verlorenen Schlacht bei Villmergen zusammenbrach. Als wichtigste Quellen stützt er sich auf die Verhörprotokolle und Untersuchungsakten zur Rebellion sowie auf die Missiven der Offiziere aus dem fraglichen Zeitraum.

Im ersten Teil rekonstruiert Merki minutiös die Entstehung und den Verlauf der Rebellion über die zwei Monate hin. Die defensive Strategie der Luzerner Obrigkeit, die sich im wesentlichen auf Grenzsicherung beschränkte, und erst recht die Niederlage bei Bremgarten am 26. Mai liessen die Untertanen an der Entschlossenheit der Luzerner Herren gegenüber dem Feind zweifeln. Der Unmut verstärkte sich, als die Bauern durch den andauernden Militärdienst vom Einbringen ihrer Ernte abgehalten wurden. Der Widerstand formierte sich vor allem in den gegenüber dem Konfliktgebiet exponierten Ämtern Rothenburg und Habsburg. Verstärkt durch die Agitation der Länderorte und eines Teils des Klerus, welche eine militant konfessionalistische Linie verfochten, führte er nicht nur zu einer militärischen Selbstorganisation mit Absetzung der patrizischen Offiziere und deren Ersatz durch bäuerliche Führer, sondern auch zu einer grundsätzlichen Infragestellung der städtischen Herrschaft. Abgesehen davon, dass patrizische Offiziere an Leib und Leben bedroht wurden, gibt Merki auch sehr schöne Beispiele von symbolischen Akten der Umkehr der Herrschaftsverhältnisse, indem die Bauern die Patrizier öffentlich wegen ihrer Perücken verhöhnten, den üblichen körperlichen Abstand zu den Herren durchbrachen oder den Patriziern vorbehaltene Gegenstände und Handlungen für sich reklamierten (etwa wenn einer der Bauernführer mit dem Pferd eines städtischen Offziers davonritt). Der von den Rebellen erzwungene Waffengang geriet bei Villmergen zur militärischen Katastrophe und liess die Rebellion zusammenbrechen.

Im zweiten Teil seiner Arbeit untersucht Merki verschiedene Aspekte der Rebellion: die Ursachen und Bedingungen; die Sicht der Bauern; die Ziele; die Organisation des Aufstandes; die Folgen der Rebellion; die Erinnerung an den Bauernkrieg von 1653. Bezüglich der Bedingungen und Ursachen passt laut Merki die untersuchte Rebellion nicht ins übliche Erklärungsschema eines Zusammenspiels von langfristigen Spannungen und kurzfristigen Erschütterungen. Er erachtet die kurzfristig eingetretenen Bedingungen im Gefolge des Krieges als entscheidende, sowohl konfliktauslösende wie auch konfliktsteigernde Faktoren. Neben der wirtschaftlichen Mangelsituation, der äusseren Bedrohung und der Agitation durch Klerus und Länderorte bedingte vor allem eine herrschaftliche Vertrauenskrise den Aufstand: Der Grundkonsens der Herrschaft war verletzt; die defensive Strategie der Obrigkeit und die ersten militärischen Misserfolge erweckten den Eindruck, dass der obrigkeitliche Schirm und Schutz nicht mehr gewährleistet sei. Dieser Sicht der Untertanen nähert sich Merki mit der Analyse von Gerüchten, durch welche die Bauern ihre Situation zu «erklären» versuchten und die gleichzeitig auch als Agitationsmittel eingesetzt wurden. Als wichtigen Aspekt arbeitet Merki dabei heraus, dass seit der Zeit der Gegenreformation die Schutzaufgabe der Obrigkeit von den Untertanen auch auf den religiösen Bereich erweitert worden war. Und gerade in dieser Hinsicht hatte in ihren Augen die Obrigkeit versagt. Indem sie sich auf Verhandlungen mit ihren reformierten Standesgenossen einliess, galt sie selbst als «ketzerisch». Hier würde ich doch die Frage stellen, ob nicht mit der Entfremdung zwischen ländlich-katholischer Religiosität der bäuerlichen Untertanen und jener des städtischen Patriziats, das in weiten Teilen von Ideen des aufgeklärten Katholizismus beeinflusst war, auch ein längerfristiges Spannungselement vorgegeben war.

Neben der Verteidigung der Religion sahen die Bauern die Erlangung der «Freiheit» als das andere Hauptziel der Rebellion, und entsprechende Versprechungen der Länderorte liessen sehr weitgehende Hoffnungen spriessen. Die Vorstellungen von Freiheit waren diffus und entsprachen teilweise Stereotypen aus vorhandenen kollektiven Vorstellungen über Unruhen und Aufstände. Merki befasst sich eingehend mit den zahlreichen Äusserungen von Freiheitsvorstellungen und arbeitet dabei Unterschiede zu den vorwiegend politisch bestimmten Vorstellungen der Länderorte heraus. Er zeigt, dass die Luzerner Rebellen weitergingen, indem sie darunter eine «Freiheit im sozialen Zusammenhang der eigenen Erfahrung und Lebenswelt» verstanden, einen «Zustand wirtschaftlicher und sozialer Befreiung, unbelastet von einer städtischen Obrigkeit und vor allem ohne drückende Abgaben» (126), Vorstellungen, welche mit Zehnten, Bodenzinsen und Hypotheken Grundsäulen der sozialen und wirtschaftlichen Verfassung tangierten. Allerdings wagte nur eine Minderheit der Untertanen derart radikale Umsturzgedanken. Sie überschritten den Horizont der Mehrheit, die solches als «grüselig» empfand.

Im letzten Kapitel geht Merki der Frage nach, wie weit trotz obrigkeitlicher Repression kollektive Erinnerungen an frühere Aufstände, insbesondere den Bauernkrieg von 1653 noch vorhanden waren. Dabei befasst er sich ausführlich mit den sogenannten «Weissagungen des Bruder Klaus», einer verbreiteten chiliastischen Schrift, deren Entstehung er, entgegen der gängigen Meinung, nicht auf das frühe 17. Jahrhundert, sondern auf die Zeit nach dem Bauernkrieg datiert und die er im Zusammenhang mit der Verarbei-

tung der damaligen bäuerlichen Niederlage sieht.

Was ich an der Arbeit Merkis vermisse, ist eine soziale Tiefenschärfe, indem pauschal immer von «Bauern» die Rede ist, implizit gar von einer breiten Bauernbevölkerung, die in ihrer Getreideversorgung «nicht oder nur gering marktabhängig» gewesen sei. (84) Zwar gelingt es Merki, die Hälfte der namentlich bekannten Rebellen bezüglich ihrer Vermögensverhältnisse zu identifizieren und sie mit wenigen Ausnahmen der Ober- und Mittelschicht zuzuordnen. Das betrifft wohl eher die Spitze des Aufstands, und es wäre interessant, auch etwas über die Beteiligung klein- und unterbäuerlicher Schichten zu erfahren. Dies hätte aber sicherlich die Möglichkeiten der Arbeit und der untersuchten Quellen gesprengt.

Die Arbeit Merkis ist eine sehr detaillierte Studie eines bäuerlichen Aufstands, welche – und das hat mir daran besonders gefallen – sehr ergiebige Informationen über die Vorstellungswelt der rebellischen Untertanen an den Tag bringt.

Fridolin Kurmann (Liestal)

MICHEL PORRET
LE CRIME ET SES CIRCONSTANCES
DE L'ESPRIT D'ARBITRAIRE AU SIÈCLE DES LUMIÈRES SELON LES RÉQUISITOIRES DES PROCUREURS GÉNÉRAUX DE GENÈVE

DROZ, GENÈVE 1995, 562 P., FS 53.–

Cet ouvrage tend à montrer l'émergence, au cours du XVIIIe siècle, du principe de la légalité dans l'incrimination, qui a conduit au terme de l'Ancien Régime à l'avènement du système pénal moderne. Pour ce faire, Michel Porret procède à l'étude des réquisitoires rendus par les Procureurs Généraux de Genève entre 1738, date de l'adoption de la Médiation, «charte véritable de la démocratie à Genève», qui a renforcé le pouvoir de la partie publique en matière de répression criminelle et a aboli l'usage de la torture durant la procédure, et 1792, date de la fin de l'Ancien Régime dans cette ville.

D'après l'auteur, en effet, les procédures criminelles offrent, d'une façon générale, un témoignage irremplaçable pour évaluer le processus de qualification du crime et de motivation de la peine dans une période donnée. A cet égard, l'analyse des quelques 600 pages de réquisitoires établies par les Procureurs de Genève entre 1738 et 1792 permet plus particulièrement de retrouver l'esprit du régime pénal en vigueur à Genève au XVIIIe siècle: suivis neuf fois sur dix par l'autorité de jugement, ces réquisitoires constituent une synthèse juridique de la pratique pénale à cette époque.

Cette pratique se caractérisait par l'arbitraire, c'est-à-dire par l'absence de normes définissant ou limitant les délits et les peines, la qualification des premières et la motivation des secondes étant laissées à l'appréciation et à la discrétion du juge.

Or, les Procureurs Généraux, imprégnés du *jusnaturalisme* en vogue alors, ont essayé, dans les réquisitoires retenus par Michel Porret, d'ordonner cet arbitraire. Dans cet objectif, ils ont tenté de qualifier pénalement des comportements privés jugés intolérables avec le bien commun – pensé au XVIIIe siècle en termes de contrat social –, par l'inventaire de toutes leurs circonstances morales et matérielles, déterminées au moyen d'une stricte procédure inquisitoire, et interprétées comme aggravantes ou atténuantes selon des critères tels que les motifs, la qualité et le rang des parties, la nature du butin, le lieu, le temps, la récidive et les conséquences. Les Procureurs Généraux ont ensuite cherché à sanctionner ces

comportements par des peines dont la rigueur correspondait à leur caractère dangereux – qui était toujours fonction des circonstances aggravantes – afin de rétablir l'ordre social.

Une telle méthode leur donnait par exemple la possibilité de considérer comme relativement anodin un vol à l'étalage de pain ou de fruit motivé par le besoin (qui constituait une circonstance atténuante), et de requérir en conséquence une peine légère. Elle leur permettait de juger en revanche comme qualifié, et à même de fonder une peine de flétrissure corporelle, voire de mort, un vol prémédité, commis de nuit par effraction avec l'aide de complices, soit dans des circonstances très aggravantes.

Michel Porret démontre toutefois que ce système, s'il rendait possible l'application d'une justice très rigoureuse, n'en contenait pas moins en germe les éléments qui ont conduit à l'avènement du principe de la légalité à la fin du XVIIIe siècle. Cette démarche a en effet ébauché ce principe, en cherchant à ordonner et limiter l'arbitraire par une incrimination fondée sur les seules circonstances du crime, soit sur un critère qui se voulait logique. Elle a paradoxalement aussi mené les praticiens à une impasse dont ils ont pu sortir par l'adoption du principe de la légalité: l'absence de limites que cette démarche mettait à l'appréciation du juge, qui devait statuer selon les circonstances dont les frontières étaient infinies, puisqu'il s'agissait de toutes les circonstances du crime, risquait en effet de rendre impossible un jugement équitable, faute de pouvoir circonscrire la nature du délit. Par ailleurs, l'objectif de la théorie des circonstances, qui était d'assurer la sûreté de la société, a amené le Ministère public, dès les années 1750, à récuser les peines traditionnelles marquées par l'infamie, après avoir pris conscience des processus de récidive qu'elles provoquaient, et à requérir contre elles des peines plus utilitaristes, propres à mieux prévenir la commission des infractions; ils ont de la sorte annoncé le système carcéral qui s'est imposé au XIXe siècle à côté du principe de la légalité.

Le crime et ses circonstances permet donc en particulier au lecteur de comprendre que, contrairement à ce que pourrait penser un juriste moderne habitué à un régime pénal basé sur la maxime «nullum crimen, nulla poena sine lege» et gouverné par une conception très négative de l'arbitraire, le mode de répression en vigueur au XVIIIe siècle, notamment à Genève, n'a pas généré une pénalité inique et expéditive, et reposait de surcroît sur un souci d'équilibre qui n'est somme toute pas totalement étranger au droit pénal positif, lequel s'inscrit ainsi dans un processus historique continu.

Ariane Morin (Genève)

BRUNO FRITZSCHE, MAX LEMMENMEIER, MARIO KÖNIG, DANIEL KURZ, EVA SUTTER
GESCHICHTE DES KANTONS ZÜRICH
BAND 3, 19. UND 20. JAHRHUNDERT

WERD VERLAG, ZÜRICH 1994, 519 S., ZAHLREICHE ABB. UND KARTEN, FR. 60.–

Kantonsgeschichten sind keine zeitlosen Jahrhundertwerke, sondern Bestandesaufnahmen der Forschung und dadurch stets auch Zeitdokumente. Dies war bei Karl Dändlikers «Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich» (1908/12) nicht anders als bei Anton Largiadèrs «Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich» (1945). Durch ihre Konzentration auf Staat, Verfassung und herausragende Personen stellten sie typische Produkte des historistisch geprägten Wissenschaftsbetriebs im frühen 20. Jahrhundert dar. Eine ganz

andere Schwerpunktsetzung zeichnet die neue Zürcher Kantonsgeschichte aus. Im Einklang mit neueren Entwicklungen im Fach wurde der traditionelle Primat der Politik zugunsten einer Betrachtungsweise aufgegeben, in der die Gesellschaft mit einigen ihrer entscheidenden Strukturdimensionen wie Bevölkerung, Wirtschaft, Stratifikation und Herrschaft im Zentrum steht; eine Entscheidung, die dem 3. Band der Kantonsgeschichte übrigens von seiten einer älteren Publizistengeneration wütende Kritiken eingetragen hat. So haben Sigmund Widmer und Alfred Cattani dem Werk nicht nur eine Nichtberücksichtigung der hohen Kultur (Heinrich Pestalozzi, Gottfried Keller) und eine Vernachlässigung der grossen Politik vorgeworfen, sondern in ihm auch das Zwangskorsett des «historischen Materialismus» am Werk gesehen, das die Zürcher Geschichte verunstalte und verfälsche. Mit solch holzschnittartigen Beurteilungen werden sie dieser perspektivenreichen Darstellung der Zürcher Gesellschaftsgeschichte seit der Helvetik (1798) allerdings nicht gerecht.

Am 8. Juli 1991 bewilligte der Zürcher Kantonsrat auf Antrag der Regierung einen Betrag von 3,5 Millionen Franken zur Erarbeitung einer neuen Kantonsgeschichte. Erarbeitet werden musste eine sowohl den wissenschaftlichen Ansprüchen genügende als auch allgemeinverständliche und reich bebilderte «Geschichte des Kantons Zürich» in drei Bänden. Obwohl es sich um eine staatliche Auftragsarbeit handelte, sollte keine offiziöse Darstellung entstehen. Deshalb wurde Planung und Realisierung des Projektes einer unabhängigen Stiftung übertragen, in der Historiker und Historikerinnen aus dem Umfeld der an die Universität Zürich angegliederten Forschungsstelle für Schweizerische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und dem Schweizerischen Sozialarchiv das Sagen hatten. Aus Zeit- und Kostengründen konnte keine eigene Forschungsarbeit geleistet, sondern «nur» der Versuch gewagt werden, die in den letzten beiden Jahrzehnten entstandenen Untersuchungen zur Zürcher Geschichte in eine moderne Gesamtdarstellung einfliessen zu lassen; ein gar nicht so einfaches Unterfangen, weil der Kanton Zürich bekanntlich zu den am besten erforschten Regionen der Schweiz gehört. Im Vordergrund stand also die Popularisierung von neuen Forschungsergebnissen und kritischen Einsichten, die ausserhalb der Zunft noch kaum zur Kenntnis genommen worden sind. Allein dies stellte schon eine mutige Entscheidung dar, da dem noch immer stark verbreiteten Bedürfnis nach nostalgischer Traditionspflege damit von Anfang an eine entschiedene Absage erteilt wurde.

Im Herbst 1994 ist zum 125-Jahr-Jubiläum der demokratischen Verfassung von 1869 als erster Band jener zum 19. und 20. Jahrhundert erschienen. Vier Autoren und eine Autorin zeichnen für den Text verantwortlich. Die ersten beiden Kapitel zur «revolutionären Umgestaltung» von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zwischen 1798 und 1918 stammen aus der Feder von Bruno Fritzsche und Max Lemmenmeier. Sie geben eine nuancierte und kenntnisreiche Darstellung der dramatischen Transformationsprozesse, die den Kanton Zürich im 19. Jahrhundert zum Vorreiter der industriellen Entwicklung in der Schweiz haben werden lassen. In ausgewogener Berücksichtigung von Stadt und Land ist ihre Darstellung stark von der modernisierungstheoretischen Vorstellung beeinflusst, dass das «Jahrhundert der Revolutionen» das Leben der Menschen in beinahe jeder Beziehung verändert habe. Den Autoren gelingt es auf überzeugende Weise, die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Ver-

bürgerlichung der Gesellschaft und demokratischer Umgestaltung des politischen Systems im Zeitalter der «Doppelrevolution» (Eric J. Hobsbawm) aufzuzeigen. Obwohl die Politik nur noch eine der interessierenden Dimensionen der historischen Entwicklung ist, wird sie hier keineswegs vernachlässigt oder ganz ausser acht gelassen.

Für das vergleichsweise knapp geratene Kapitel über die Jahrzehnte zwischen Generalstreik und dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeichnen Mario König, Daniel Kurz und Eva Sutter gemeinsam verantwortlich. Ihre kritische Darstellung der jüngeren Zürcher Gesellschaftsgeschichte, die insgesamt zu exklusiv unter der Perspektive der Klassengesellschaft interpretiert wird, die etwa dem christlichsozialen Milieu in der grössten katholischen Stadt der Schweiz nur unzulänglich gerecht wird, resümiert eine Reihe neuerer Untersuchungen. Dadurch finden erstmals Phänomene wie die Rationalisierung in den Fabriken, der genossenschaftliche Wohnungsbau, die automobile Verkehrsentwicklung, die forcierte Agglomerationsbildung, die stillen Revolutionen im Haushalt, die antisemitische Politik gegenüber «Ostjuden» und der militarisierte Alltag in der Kriegszeit Eingang in eine Kantonsgeschichte. Dem Kapitel fehlt jedoch ein einheitlich durchgehaltenes Konzept, was sich in thematischen Disproportionen niederschlägt. Während den Bewegungen der extremen Rechten und der kleinen Kommunistischen Partei relativ breiter Raum eingeräumt wird, erfährt man nur wenig über das spezifische Milieu des tonangebenden, aber keineswegs homogenen Zürcher Bürgertums oder den Freisinn als politische Organisation. Ausserdem wurde den beiden grossen städtischen Zentren, vor allem dem gesellschaftspolitisch interessanten Experiment des «roten Zürich» unter Stadtpräsident Emil Klöti, ein weit grösseres Gewicht eingeräumt als den von der BGB beherrschten Landgebieten, die in vielerlei Hinsicht bis heute ein konservatives Gegengewicht zur kantonalen Metropole und vor allem eine Welt eigener Art bilden.

Das soziologisch inspirierte Kapitel über das halbe Jahrhundert nach 1945, das bislang noch nie im Zusammenhang dargestellt worden ist und nur schon deshalb als Pionierleistung Beachtung verdient, hat der Basler Sozialhistoriker Mario König alleine verfasst. Wie schon Bruno Fritzsche und Max Lemmenmeier in ihren Kapiteln über Zürich im langen 19. Jahrhundert wird auch die seit den 1950er Jahren sich durchsetzende Konsumgesellschaft als eine Phase ausgeprägter gesellschaftlicher Dynamik und der zugespitzten Konflikte zwischen Tradition und Aufbruch interpretiert. Wirtschaftswachstum, automobile Revolution, Tertiarisierung, Bildungsboom, Emanzipation der Frauen und jugendliche Unrast sind nur einige Stichworte, auf die der Autor das Schwergewicht in seiner spannend geschriebenen Schilderung der Zürcher Nachkriegsentwicklung legt. Obwohl das Kapitel stark von seiner persönlichen Optik geprägt ist, was dort unvermeidlich wird, wo die Geschichte Fast-noch-Gegenwart ist, gelingt es dem Autor, einige wichtige Schneisen in das noch wenig bearbeitete Dickicht der Nachkriegsgeschichte zu schlagen.

Bruno Fritzsche, Max Lemmenmeier, Mario König, Daniel Kurz und Eva Sutter ging es nicht darum, das traditionelle politikgeschichtliche Muster der älteren Darstellungen bis auf die Gegenwart nachzuführen. Das vorliegende Werk ist denn auch einem beinahe schon klassischen Modell der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte verpflichtet, wie es sich ausgehend von den methodischen Impulsen der «Bielefelder Schule» seit den 80er Jahren auch in der Schweiz auf breiter

Front durchgesetzt hat. Allerdings handelt es sich dabei um eine bereits ein bisschen in die Jahre gekommene Form der Sozialgeschichte, die noch wenig von den Fragestellungen der Mentalitätengeschichte und der historischen Anthropologie berührt ist. Die «materielle Kultur» (Fernand Braudel) behauptet hier den Vorrang vor dem weiten Feld der «immateriellen Kultur». Wer sich für Volksfrömmigkeit, für veränderte Einstellungen zum Tod, für symbolische Politik oder die lange nachwirkenden Mentalitäten der Menschen in den bäuerlichen Nordbezirken interessiert, wird in diesem Buch nur wenig auf seine Rechnung kommen. Im angestammten Bereich wird jedoch durchwegs Solides geboten, vor allem für das 19. Jahrhundert.

Zu den Stärken des engagiert geschriebenen Werks, das den Kenntnisstand über die neuere Zürcher Geschichte entscheidend erweitert, gehört auch der gut ausgewählte Bildteil, der den Text nicht nur illustriert, sondern wesentlich vertieft. Hilfreich ist, dass jedem Kapitel ein kleiner Überblick zum Forschungsstand beigefügt worden ist. Daneben enthält das Werk eine ganze Reihe von ausgezeichneten Karten, Tabellen und Grafiken, eine reichhaltige Bibliographie, eine synoptische Zeittafel und ein nützliches Sachregister, das einen schnellen Zugriff auf ausgewählte Themenkreise erlaubt. Alles in allem ist das Ziel, Wissenschaftlichkeit mit hoher Lesbarkeit zu verbinden, im 3. Band der neuen Zürcher Kantonsgeschichte über weite Passagen erreicht worden, ganz unabhängig davon, dass natürlich auch in diesem 500-Seiten-Buch gewisse Begriffe, Wertungen und Gewichtungen diskussionswürdig und vielleicht sogar problematisch sind.

Aram Mattioli (Basel)

JEAN BATOU, MAURO CERUTTI & CHARLES HEIMBERG (SOUS LA DIR. DE)
POUR UNE HISTOIRE DES GENS SANS HISTOIRE
OUVRIERS, EXCLU-E-S ET REBELLES EN SUISSE 19E–20E SIÈCLES
EDITIONS D'EN BAS, LAUSANNE 1995, 269 P., FS 40.–

Les directeurs de l'ouvrage collectif *Pour une histoire des gens sans Histoire* n'auraient pu choisir meilleur titre pour rendre hommage au travail de l'historien genevois Marc Vuilleumier. Spécialiste du mouvement ouvrier et de l'émigration politique et économique en Suisse, Marc Vuilleumier s'est depuis longtemps déjà penché sur les oubliés de l'Histoire et en a fait son champ d'études privilégié. Les historiens qui se sont rassemblés autour de l'historien genevois ne se sont pas contentés cependant d'un simple hommage. Cet ouvrage tente, en effet, d'apporter de nouveaux axes de recherche. Remercier quelqu'un pour son œuvre scientifique, ne consiste-t-il pas à lui dire avant tout que son travail n'a pas été inutile?: «l'œuvre de Marc Vuilleumier – lisons-nous dans l'avant-propos – en matière d'histoire sociale et ouvrière est une référence essentielle qui a ouvert les portes et défriché de multiples terrains de recherche. Elle a enrichi et stimulé des chercheurs dans l'ensemble de la Suisse […]. Elle méritait par conséquent d'être une fois évoquée, située dans son contexte historiographique et appréciée à sa vraie valeur.» (p. 11). Cet ouvrage regroupe des contributions sur les femmes, les enfants, les émigrés, le chômage et l'organisation du mouvement ouvrier au cours des 19e et 20e siècles. Les directeurs de ce volume ont voulu marquer par le choix des contributions le tribut dû aux travaux de Marc Vuilleumier et l'élargissement des perspectives historiques que ceux-ci ont permis.

C'est à Hans Ulrich Jost que revient l'introduction de cet ouvrage. Sa contribution n'a pas seulement le mérite de situer Marc Vuilleumier dans l'historiographie du mouvement ouvrier en Suisse, mais délinée également, presque sans le vouloir pourrions-nous ajouter, la structure des diverses contributions de ce livre. Point de départ pour une plus large connaissance des travaux de Marc Vuilleumier – soutenue par une bibliographie de ses ouvrages, articles et contributions – cette introduction ouvre la porte aux autres articles de ce livre.

Jean Batou, Mauro Cerutti et Charles Heimberg ont réuni les contributions en chapitres regroupant huit thèmes: histoire sociale, monde ouvrier, chômage, femmes, enfance, mouvement ouvrier, migrations, réactions bourgeoises. Les sujets traités vont du financement des gardes civiques en 1918 (S. Guex) aux enjeux et problèmes des études statistiques en Suisse (J. Tanner); d'un état de la recherche sur la pauvreté et les inégalités sociales (J. Batou et A. J. Rapin) à une étude sur les rythmes et les espaces dans la constitution du mouvement ouvrier tessinois (G. Rossi); d'une réflexion sur les concepts de «genre» et «classe» dans la construction d'une identité différentielle des femmes ouvrières (B. Studer) à une étude sur l'incidence de la guerre froide sur la condition de l'immigration italienne en Suisse (M. Cerutti).

Dans la panoplie de sujets traités, l'article de Charles Dubois: «*Quand l'ouvrier préférait le cabaret à l'atelier: la Saint Lundi au 19e siècle en Suisse*», mérite à mon avis une attention toute particulière. Classé dans le chapitre «Monde ouvrier», cet article confère à cet ouvrage un caractère insolite. L'auteur se penche ici sur la pratique du «Lundi bleu» ou «Saint Lundi». L'étude de cette «absence volontaire» du travail le lundi est particulièrement intéressante. Elle nous permet en effet de saisir le troisième terme du rapport entre mouvement ouvrier organisé et patronat: le monde ouvrier. L'auteur décrit minutieusement ces ouvriers adeptes du Lundi férié – et quelquefois même de son petit frère le mardi – en mettant en avant les facteurs qui poussent ceux-ci à choisir, le lundi matin, les réunions de bistrots plutôt que le travail. Charles Dubois passe également au crible les préjugés liés à cette pratique. La Saint Lundi, écrit-il par exemple, n'est pas seulement l'affaire des ouvriers des villes, ceux des champs la pratiquaient également! L'historien porte également son regard sur le mouvement ouvrier organisé et le patronat, les deux grands perdants de cette volonté intempestive d'indépendance. Les patrons se désespèrent, tentent la répression, la dissuasion (on regrette cependant qu'ils téléphonent à leurs ouvriers à la fin du 19e siècle!) et certains d'entre eux finissent même par capituler. Quant aux leaders du mouvement ouvrier organisé, associant la Saint lundi à l'alcool, ils utilisent leur doctrine politique pour moraliser ce monde ouvrier qui leur échappe. A la fin de l'article, le lecteur regrette presque qu'à l'aube du nouveau siècle cette pratique régresse, bien que ce déclin soit lié entre autres à la réduction des horaires de travail. En effet, l'auteur a su par un savant dosage faire vivre cette indépendance ouvrière et la faire apprécier d'autant plus qu'au début du 20e siècle, l'ouvrier entre dans une phase d'intégration sociale progressive.

Cet hommage à Marc Vuilleumier offre une large palette d'études permettant aux lecteurs de découvrir ces «gens sans Histoire», dans leur quotidien, ainsi que dans leurs rapports aux autorités étatiques et de partis. On peut cependant regretter la non-homogénéité de la construction du livre (un seul résumé français précède un article en allemand; à une seule occasion une bibliographie sommaire suit une

contribution) et le peu de soin dans la rédaction de la table des matières. Malgré ces lacunes formelles, force est de constater que l'objectif implicite de profiter du 65e anniversaire de Marc Vuilleumier pour relancer et ouvrir de nouvelles perspectives de recherches dans l'histoire des exclus, domaine encore aujourd'hui malheureusement délaissé par les historiens, est largement atteint.

Stéfanie Prezioso (Lausanne)

RUEDI BRASSEL UND
WILLY SPIELER (HG.)
LEONHARD RAGAZ. EINGRIFFE INS ZEITGESCHEHEN
REICH GOTTES UND POLITIK.
TEXTE VON 1900–1945
EXODUS, LUZERN 1995, 319 S., 19 ABB., FR. 35.–

Die Edition mehrerer Dutzend Kommentare des bekannten sozialreligiösen Theologen zum Zeitgeschehen – sie umfassen den Zeitraum von 1903 bis 1945, dem Todesjahr des Verfassers, und erschienen ursprünglich fast alle in dessen Zeitschrift («Neue Wege») – bietet eine spannende Lektüre. Dies gilt uneingeschränkt auch dann, wenn einem persönlich der für Ragaz so kennzeichnende «Zusammenhang zwischen Bibelauslegung und Zeitkommentar», auf den Markus Mattmüller in einem kurzen Vorwort hinweist, durchaus fern liegt. Indes bleibt es für mich eine offene Frage, wo die Quellen der aussergewöhnlichen und jahrzehntelang anhaltenden Scharfsicht dieses Autors zu finden sind, dessen Texte um Sozialismus und Kapitalismus, Krieg und (vergebens erhoffte) Friedensordnung, Autorität und Gewalt kreisen.

Ragaz erkennt und benennt unerbittlich die abstossenden Züge und die fatale innere Entwicklungslogik der europäischen Katastrophe von der Jahrhundertwende bis ins Jahr 1945 – und der schweizerischen Teilhabe daran. Die Verirrungen von nationalistischem Staatskult, kapitalistischer Profitgier und sozialdemokratischer Anpassungsbereitschaft stellen für ihn in letzter Instanz stets einen Ausdruck der Gottverlassenheit dar. Dem absoluten Urteil geht freilich immer wieder ein nachdenkliches Abwägen voran, dass die eigentliche Qualität der Texte ausmacht und Ragaz von dem Abgleiten ins blosse Moralisieren entlang dem rechthaberischen Leitfaden eines manichäischen Weltbildes abhält. Dass dem Meister die moralisierenden Fehlgriffe nicht unbekannt waren – so trat er in Zürich 1930 namens der hehren Mutterschaft («das Altarfeuer der Menschheit») gemeinsam mit konservativen Frauenverbänden öffentlich gegen eine gefilmte Geburtsszene im Film «Frauennnot – Frauenglück» auf – tritt in der getroffenen Textauswahl, die sich an das Bleibende hält, kaum in Erscheinung. Dieses Bleibende ist freilich bemerkenswert genug: die menschliche und politische Klarheit, mit der Ragaz sich im September 1914, als nahezu die ganze intellektuelle Welt dem Kriegswahn verfallen war, zu den Ursprüngen des eben entfesselten Krieges äussert; die Klarsicht, mit der er hinter den bolschewistischen Verheissungen der «Weltrevolution» von Anfang an die Fratze der Gewalttätigkeit erkennt; die Deutlichkeit – um dies noch zu erwähnen – mit welcher er wenige Monate vor seinem Tod 1945 angesichts des Kriegsendes in Europa die eidgenössischen Lebenslügen «immerwährender Neutralität» beim Namen nennt.

Mario König (Basel)

THEO MÄUSLI
JAZZ UND GEISTIGE LANDESVERTEIDIGUNG

CHRONOS, ZÜRICH 1995, 234 S., 28 ABB., MIT MUSIKBEISPIELEN (AUF BEIGELEGTER CD), FR. 58.–

Erst jetzt, erstaunlich spät, wird der Jazz in der Schweiz ein Objekt wissenschaftlicher Untersuchungen, jedoch nicht wie man erwarten sollte von seiten der Musikwissenschaft, sondern der Sozial- und Kulturgeschichte. Die interessanten Erkenntnisse von Theo Mäusli weisen weit über ihren zeitlichen Rahmen 1935–1945 hinaus, weil sich damals manches anbahnte und manifestierte, was heute immer noch Gültigkeit besitzt. Ein gut lesbares Buch, das längst nicht nur Historikern und Jazzspezialisten Gewinn bringt.

Anhand zweier unterschiedlicher Regionen (Genf und Basel) hat Mäusli die Rezeption der Jazzmusik als Kristallisationsfeld einer Mentalitätengeschichte der Jahre 1935–1945 gewählt. Dabei stützt er sich auch auf Interviews mit überlebenden Zeitgenossen und direkt Beteiligten. Neben Bilddokumenten bis zu Werbeinseraten und Karikaturen verleiht der Veröffentlichung die beigelegte CD mit Tonaufnahmen zusätzliches Gewicht, quasi eine «aural history», ergänzend zur oralen. Jazz ist ja primär eine improvisierte, nicht notierte Musik. Tondokumente haben darum erstrangige Bedeutung – ganz abgesehen davon, dass sie bei dieser Untersuchung auch weniger Informierte akustisch ins Bild setzen. Die Dokumente bestreichen das ganze Spektrum von «echten» Jazzaufnahmen z. B. mit Coleman Hawkins bis zum berühmten «Margritlilied» mit den Geschwistern Schmid.

Obschon schweizerische Jazzorchester in den 30er Jahren in Europa erstrangige Erfolge ernteten, hat die Schweizer Kulturgeschichte diesen Aspekt bisher ignoriert. Jazz verband sich für seine Freunde mit Vorstellungen von Internationalität und fortschrittlicher Aufgeschlossenheit; er erschien assoziiert mit mondänem Tourismus, dem Nachtleben der Kurorte und Weltstädte. Für die «Landi» kreierten Teddy Staufer und andere aber auch den swing-beeinflussten Dialektschlager, während sich die Westschweizer mehr der Pariser Jazzauffassung anschlossen. Trotzdem war Jazzmusik eine Aussenseiterin und stiess auf die Opposition konservativ-bürgerlicher wie bäuerlicher Kreise.

Die politischen Entwicklungen der 30er Jahre förderten den latenten Eurozentrismus und auch den schweizerischen Isolationismus. Da erwies sich der als Tanz- und Unterhaltungsmusik grosse Publizität geniessende Jazz als geeignetes Streitobjekt: das Neue, Fremde und Städtische wurde als unschweizerisch denunziert, als eine Untergrabung des nationalen Selbstbehauptungswillens. Jazzrezeption also als historischer Gradmesser einer heiklen Zeit zwischen jugendlich unbeschwerter Offenheit und ängstlicher Anpassung und Abgrenzung. Dies um so mehr, als Jazz ein ebenso offener Begriff ist wie «geistige Landesverteidigung» ein schwammiger. Darum konnten sich an beiden allerlei Mentalitäten manifestieren und abreagieren.

Dem Autor gelingt es, die teilweise vagen und verschlungenen Momente der Thematik zu lokalisieren und entflechten, ohne in Pauschalisierungen zu verfallen. Immerhin wird aber deutlich, dass sich viele Schweizer mentalitätsmässig doch in unmittelbarer Nachbarschaft zum Nazismus befanden, so sehr sie diesen vielleicht ablehnen mochten. Die braune Ideologie verunglimpfte den Jazz als eine negrisch-jüdische Bedrohung der völkischen Kultur. Als eine «entartete» Musik war er offiziell verboten. Das blieb – besonders in der benachbarten Deutschschweiz – nicht ohne Einfluss. Empfand die ältere Generation die dreiste Heiter-

keit des Jazz als Pietätlosigkeit in einer tragischen Zeit, so war man bald auch bemüht, den mächtigen Nachbarn nicht zu provozieren.

Die grosse Jazzdiskussion reichte bis ins Parlament hinein, rund um die Musikprogramme der Landessender, die in den Kriegsjahren zum wichtigsten Medium der nationalen Selbstdarstellung wurden. Weil es die moderne Unterhaltung auf einheimischen Wellen nicht finden konnte, hörte sie das Publikum bei fremden Sendern – samt der politischen Propaganda. Die Diskussion begann 1935 rund um die «demi-heure de jazz» bei Radio Sottens. Während deutschschweizer Offizielle – angeführt vom SRG-Generaldirektor – bereitwillig Selbstzensur übten und 1940 sogar ein Jazzverbot akzeptierten, verteidigte der Genfer Radiodirektor Pommier den Jazz als eine Aufmunterung für junge Bürger und Soldaten: «Il faut rire quand-même.» Der Streit fand Ausdruck in handfesten Hörerbriefen, die Mäusli ausgiebig zitiert. Aber auch Verbände und Parteien taten mit. Rassistische Töne waren durchaus üblich – solange sie nicht nazistisch wirkten (aber einige Eiferer schreckten auch vor Anleihen bei der Naziterminologie nicht zurück). Jazz galt darum besonders in der Deutschschweiz «nur» als Musik von degenerierten Negern und Schwachsinnigen, nicht jedoch – wie beim nördlichen Nachbarn – auch der Juden. Mäusli stellt hier eine Fortsetzung und Erweiterung des üblichen kolonialistischen Afrikabilds aus dem 19. Jahrhundert fest. Jazzanhänger fanden den rassischen Aspekt entweder unerheblich oder verehrten den schwarzen Musiker als genialischem «Edlen Wilden», ein umgekehrt rassistisches Bild, das die europäische Jazzrezeption seit jeher begleitet.

In den brisanten Kriegsjahren bedienten verschiedene Kreise den Begriff der geistigen Landesverteidigung für ihre Zwecke. Dem Bildungsbürger lag an einer Verteidigung abendländischer Werte, dem Kleinbürger ging's um (Arbeits-) Moral und Disziplin, bäuerlich-ländlichen Kreisen um die Abwehr des städtischen Einflusses, Populisten polemisierten gegen den Einfluss der Moderne und des Intellektualismus und gegen Kriegsende störte der wachsende Einfluss der amerikanischen Populärkultur.

Mäuslis Studie bestätigt, dass die Anhänger und Träger des «wirklichen» Jazz grösstenteils zur Jugend der Oberschicht gehörten, die sich mit dieser aufwendigen Beschäftigung als Kenner, Plattensammler und Amateurmusiker von den unteren Schichten absetzen wollte. «Hot Jazz» war anders und trotzdem (im Vergleich zu moderner Klassik) relativ einfach. Gleichzeitig interpretierte man Jazz als Verkörperung der modernen (amerikanischen) Werte: Dynamik, Lebensenergie, Optimismus, Unverblümtheit, Spontaneität und Durchsetzungsvermögen. Mäusli vermutet hier eine Wurzel der heutigen Jugendkultur, denn diese soziale Gruppe hatte bereits das nötige Taschengeld, um sich ihre eigenen speziellen Wünsche zu erfüllen. Und die Werbung hatte den Jazz schon als Symbolträger des modernen Konsums entdeckt – ein weiteres der Missverständnisse, die den Weg dieser Musik begleiten.

Als Protest gegen die Elterngeneration diente der Jazz aber noch nicht. Die Rebellion der damaligen Jazzfans richtete sich vielmehr gegen den Faschismus. Die Identifikation mit Jazz wurde von Eltern der Oberklasse aus diesen Gründen sogar begrüsst, wogegen Arbeitersöhne, die Jazzmusik als Existenz wählten, häufig in ihrem Umfeld als Tagediebe in Verruf gerieten. Die bürgerliche Vereinnahmung setzte schnell ein. Die neuen Tanzveranstaltungen mit Jazz ermöglichten ja zum ersten Mal individuell-offene Tanzweisen. Doch man vermied geschickt, dass sich ihr klassensprengendes Potential ent-

falten konnte. Die Jazztänze wurden standardisiert und in relativ exklusiven Tanzschulen und bei geschlossenen Veranstaltungen (z. B. der Studenten) gepflegt.

Für seine Untersuchung hat Mäusli zweckmässigerweise den Jazzbegriff viel weiter gefasst als die Musikspezialisten – so umfassend, wie er damals gehandhabt wurde. Viele der extremen Äusserungen gegen Jazz stammten gerade aus dem Rand- oder Nachbargebiet, das seine Stimme in der «Musiker-Revue» hatte. Der Geschmackswandel erzeugte eine Konkurrenzsituation und verschärfte den Druck, dem sich die Berufsgruppe der Unterhaltungsmusiker durch technische, soziale und stilistische Veränderungen ausgesetzt sah. Für jazzartige Musik bestand in öffentlichen Lokalen schon seit den 20er Jahren eine Nachfrage. Mit dem nunmehr opportunen Argument der nationalen Kulturbewahrung zog man in den 30er Jahren erst gegen die Ausländer (v. a. Schwarze) und dann gegen die wachsende Zahl der Jazzamateure los. Denn deren Verdienstchancen wuchsen mit der kriegsbedingten Schliessung der Grenzen massiv, so dass später vom Goldenen Zeitalter des Schweizer Jazz die Rede war. In ihrem fruchtlosen Abwehrkampf trafen sich die «Ensemblemusiker» mit den bäuerlich-ländlichen Kreisen.

Jürg Solothurnmann (Bern)